

Inhalt

Lektion 1. Tourismusstandort Deutschland.....	4
1) Wirtschaftsfaktor Tourismus	
2) Tourismusmarkt Deutschland	
3) Tourismus und Umwelt	
4) Tourismus-Rückblick	
 Lektion2. Reiseland Deutschland.....	 7
1) Reiseverhalten	
2) Reiseziel Deutschland	
3) Auslandtourismus	
4) Dritte Welt-Tourismus	
5)Urlaub in den neuen Ländern	
6) Berlin	
 Lektion 3. Tourismuspolitik in Deutschland.....	 10
1) Tourismus in Zahlen	
2) Natur- und Artenschutz	
3) Beschäftigung	
4) Soziale Verantwortung: Kinder- und Jugendtourismus	
5) Ausschuss für Tourismus	
6) Stärkung des Deutschlandtourismus	
 Lektion 4. Tourismus und Bundestag.....	 16
1) Debatte im Bundestag zum tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung	
2) Interaktive Diskussion	
3) Was ist ... eine Debatte?	
4) Arbeit für die Bürger	
 Texte zur Kontrolle.....	 29
Schlüssel.....	57

Lektion 1



1) Beantworten Sie einige Fragen zum Text **Wirtschaftsfaktor Tourismus:**

1. Was wird unter dem Begriff Gastgewerbe verstanden?
2. Wie ist die Zahl der Beschäftigten im Deutschen Tourismusverband?
3. Wieviel Prozent beträgt der Anteil der Branche am Bruttoinlandsprodukt?
4. Warum profitieren die Kommunen durch die Entwicklung des Tourismus?
5. Wer gibt mehr Geld aus – die ausländischen Touristen in Deutschland oder die Deutschen im Ausland?



 2) Kreuzen Sie an, welche Bestätigung aus dem Text **Tourismusmarkt Deutschland** richtig oder falsch ist:

		<i>Richtig</i>	<i>Falsch</i>
0.	In Deutschland gibt es 310 Kurorte und Heilbäder.	X	
1.	Nur sehr wenige Orte sind in Tourismusverbänden organisiert.		
2.	Die Deutsche Zentrale für Tourismus präsentiert Deutschland überregional im In- und Ausland.		
3.	Die Grenzen des Naturschutzgebietes werden im Bundesland entschieden.		
4.	Wichtige touristische Entscheidungen werden nur von der Bundesregierung getroffen.		
5.	In Deutschland stehen den Reisenden mehr als 10.000 Ferienhäusern und 970.000 Camping-Stellplätzen zur Verfügung.		



3) Hören Sie den Text **Tourismus und Umwelt** und erzählen Sie ihn nach.

Gebrauchen Sie dabei folgende Stichwörter:

Massentourismus, Flora und Fauna, Treibhauseffekt, Öko-Tourismus, Naturschutz, Safari-Camp, umweltbewusst, umweltverträglich, Artenvielfalt, Konvention zum Schutz der Alpen, touristenfreie Zonen.



4) Überlegen Sie, welche Perioden der Tourismusgeschichte folgende Bilder illustrieren können.



a)



b)



c)

 Überprüfen Sie Ihre Vermutungen, indem Sie sich folgende Informationen ansehen:

-  Die Grand Tour im 18. Jahrhundert
-  Das Zeitalter der Kur- und Seebänder
-  Industrialisierung und Mobilisierung
-  Tourismus im deutschen Kaiserreich
-  Die Weimarer Republik
-  “Kraft durch Freude! im Dritten Reich
-  Die Stunde Null und die fünfziger Jahre
-  Tourismus in der DDR
-  Die sechziger Jahre und das Bundesurlaubsgesetz
-  Tourismus in den siebziger und achtziger Jahren
-  Die DDR und die Reisefreiheit
-  Tourismus im Zeitalter der Globalisierung

 Arbeiten Sie in Paaren. Wählen Sie sich dabei zwei beliebige Entwicklungsperioden und charakterisieren Sie sie im Vergleich.

Lektion 2



1) Beantworten Sie einige Fragen zum Text **Reiseverhalten**:

- 1. Wie viele Urlauber reisen im In- und Ausland?
- 2. Was versteht man unter der „klassischen“ Urlaubsreise?
- 3. Gibt es Unterschiede zwischen Urlaubsreisen junger und älterer Menschen?
- 4. Wonach streben die Deutschen im Urlaub?
- 5. Welche Verkehrsmittel benutzt man am liebsten, wenn man im Urlaub ist?
- 6. Wie groß ist die Zahl der Pauschalreisen im Jahre 2000?



2) Beantworten Sie einige Fragen zum Text **Reiseziel Deutschland**:

- 1. Wo verbringen die meisten Familien ihren Urlaub?
- 2. Welches Bundesland wird zum beliebtesten Ziel der Urlauber?
- 3. Welche Städte nehmen die Spitzenstelle in der Liste des Städtetourismus?
- 4. Welche Heilbäder bleiben nach wie vor gefragt?
- 5. Wie ist die Position Deutschlands in der Tourismusbranche Europas?
- 6. Inwiefern profitieren die deutschen Hotels in den letzten Jahren?



3) Kreuzen Sie an, welche Bestätigung aus dem Text **Auslandtourismus** richtig

oder falsch ist:

		<i>Richtig</i>	<i>Falsch</i>
0.	Die meisten Deutschen träumen vom Strand und Meer, wenn sie sich für einen Urlaub in Deutschland entscheiden		X
1.	Die Hälfte der Deutschen besuchen lieber Länder.		
2.	Auslandsreisen sind oft preiswerter als ein Urlaub im eigenen Land.		

3.	Das sonnige Wetter macht Mallorca und die Kanarischen Inseln so beliebt.		
4.	Im vorigen Jahrhundert war die Karibik besonders populär		
5.	Jüngere Leute bevorzugen Asien oder Nordamerika		
6.	"All-Inclusive" ist eine Art vom Restaurant-Service		
7.	Die Pauschalreisen haben keine Nachteile		



Hören Sie den Text **Dritte Welt-Tourismus**. Finden Sie und korrigieren Sie inhaltliche Fehler in folgenden Sätzen. In einem Satz kann es mehr als einen Fehler geben:

- Tourismus genießen mehr als 10% der Weltbevölkerung.
- Im Jahre 2000 wurden weltweit rund 434 000 Reisen im Inland unternommen.
- In der letzten Zeit haben die Umweltschäden, die von Reisenden zugefügt werden, nachgelassen.
- Nach Ergebnissen einer Untersuchung des Ausschusses für Tourismus haben allein 2000 5,5 Millionen Deutsche ihre Haupturlaubsreise in ein stark entwickeltes Land unternommen. Das ist zweimal weniger als Anfang der neunziger Jahre.
- Täglich geben Touristen in Deutschland mehr als eine Milliarde Dollar aus.
- Die Investoren in Entwicklungsländern sind meist einheimische Unternehmen.
- Nach einer Umfrage des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung ist nur jeder zehnte deutsche Entwicklungsländer-Reisende stark an Begegnungen interessiert.



5) Urlaub in den neuen Ländern

Endlich Urlaub! Und wohin soll es diesmal gehen? Viel zu entdecken gibt es im Reiseland Deutschland. Auch in den neuen Bundesländern sind besondere touristische Angebote in einmaligen Landschaften entstanden.

Wir gehen mit zwei Abgeordneten auf die Reise: Markus Meckel führt uns zum Naturschutzprojekt Blumberger Mühle in Brandenburg, mit Paul Krüger geht es an die Mecklenburgische Seenplatte zu einer der größten Ferienanlagen Nordeuropas.

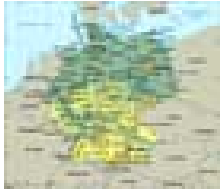
Reiseberichte folgender Abgeordneter können mitverfolgt werden:

 Reise mit Markus Meckel

 Reise mit Paul Krüger



Anhand der Berichte wählen Sie eine von den zwei Reiserouten und begründen Sie ihre Wahl.



 6) Betrachten Sie Die Karte von Berlin. Wählen Sie einige mit blauen Punkten bezeichnete Plätze und beschreiben Sie sie. Benutzen Sie dabei die Informationen, die beim Mausklicken auf die blauen Punkte laufen.

Lektion 3



1) Tourismus in Zahlen

Die Deutschen sind Reise-Weltmeister: Drei Viertel aller Bundesbürger machten im Jahr 2000 eine Urlaubsreise. Ob kurz oder lang, Städtereise oder Aktivurlaub, allein oder mit der ganzen Familie: Wie, warum und wo verbringen die Deutschen die schönste Zeit des Jahres? Und welchen Platz auf der Hitliste der Urlaubsländer der Welt nimmt Deutschland ein? Hier finden Sie die Antworten!



Studieren Sie folgende statistische Angaben und kommentieren Sie sie:



Hauptreisegebiete der Welt



Reiseintensität in Deutschland



Tourismus als Wirtschaftsfaktor



Beliebteste Reiseziele der Deutschen im Inland



Beliebteste Reiseziele der Deutschen im Ausland



Motive/ Urlaubsreisearten der Deutschen



2) Hören Sie den Text **Natur-und Artenschutz** und füllen Sie die Lücken aus:

Würden Sie bitte Ihren Koffer öffnen? Jeder _____(1) Reisende an Deutschlands Grenzen muss auspacken. Und was _____(2) im Gepäck von Urlaubern finden, sind häufig keine _____(3) Mitbringsel, sondern "Schmuggelgut" wie _____(4), Kakteenholz und _____(5) aus beliebten Ferienparadiesen in der _____(6) oder Thailand. Die unfreiwillige Reise _____(7) Tiere und Pflanzen endet immer öfter beim deutschen Zoll.

In _____(8) Prozent der Verstöße gegen das Artenschutzrecht, die der deutsche Zoll registriert, sind Touristen _____(9). Seit 1993 sind die Verstöße um _____(10) mit fast 70.000 beschlagnahmten Exemplaren reg recht explodiert. Diese alarmierenden Zahlen stellte ein Vertreter des

Zollfahndungsamtes in einer Anhörung des _____(11) zum Thema "Artenschutz und Tourismus" vor.

Einhelliges _____(12) der Ausschussmitglieder und Experten: Die Artenschutzpolitik der letzten Jahre, die auf Sanktionierung _____(13), muss geändert werden. Sie fordern die Regierung auf, ein _____(14) einzuführen. Reiseunternehmen sollten _____(15) aufklären. Und ihr Appell an die Touristen: Begehen Sie grundsätzlich keinen _____(16) an der Natur! _____(17) führt auch im Innland immer wieder zu Konflikten zwischen Naturschutz und touristischer Nutzung. Seltene Pflanzen und Tiere sind _____(18) und gleichzeitig vor Touristen zu schützen!

In der _____(19a) "Tourismus in Großschutzgebieten" diskutierten im Ausschuss Experten und Abgeordnete die Folgen von touristischer _____(19b). Das veranlasste eine Delegation des Tourismusausschusses zu einer Reise in den Naturpark _____(20).

Vor Ort konnten sich die Parlamentarier selber überzeugen: Neue Wege und der Ausbau von Gasthöfen und _____(21) bereiten den Nationalparks große Probleme. Wildtiere werden gestört, wertvolle Flächen verbaut. Um erhöhtes _____(22) zu vermeiden, muss die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel verbessert werden.

Das Treffen mit den Naturpark-Mitarbeitern brachte auch neue Vermarktungsideen wie den Aufbau einer Hotelgruppe _____(23) und einer besseren Beschilderung der Nebenrouten.

 3) Hören Sie den Text **Beschäftigung** und stellen Sie die richtige Reihenfolge des Textes fest. Tragen Sie die Buchstaben (A-J) in den Rasten nach dem Text ein:

A. Gastfreundschaft als Beruf - eine schöne Dienstleistung. Doch Berufe im touristischen Bereich haben ein schlechtes Image: - Wochenend- und Saisonarbeit, - Unsicherheit und Unterbezahlung.

B. Umstritten ist das Gesetz zur Neuregelung der 630-Mark-Jobs, mit dem die Befreiung von der Sozialversicherungspflicht bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen abgeschafft wurde.

F. Die CDU/CSU-Fraktion fordert, dass Beschäftigte mit einer Arbeitszeit weniger als 50 Tage im Jahr von der Sozialversicherungspflicht befreit werden. Die Regierung betont dagegen, dass seit der Neuregelung 100000 Geringfügigbeschäftigte unter den Schutz der Sozialsicherung gefallen sind.

D. Die Aus- und Weiterbildung soll professioneller gestaltet werden. Für Reiseverkehrskaufleute etwa gibt es immer noch keine Meisterprüfung.

E. Der Hotel- und Gaststättenverband beklagt Massenkündigungen von Aushilfskräften. In der Branche seien praktisch keine zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze entstanden.

C. Die gesellschaftliche Bedeutung der Dienstleistungsberufe muss aufgewertet werden - darüber sind sich alle Fraktionen im Bundestag einig. Dies muss auch mit einer besseren Bezahlung verbunden sein, so das Fazit der SPD-Fraktion in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses während der Internationalen Tourismusbörse in Berlin.

G. In den Neuen Bundesländern stehen aufgrund eines harten Wettbewerbs Beherbergungsbetriebe unter starkem Druck. Tarife von 9,80 DM werden teilweise nicht mehr eingehalten. Im Gastgewerbe brechen 30 Prozent der Auszubildenden ihre Lehrzeit ab. Dabei geht es nicht nur um Servieren oder Bettenmachen. Verkehrsplaner, Umweltschützer, Denkmalpfleger, Kaufleute, Ingenieure und Pädagogen sind in der Wachstumsbranche Nummer 1 gefragt - qualifizierte Berufe mit Zukunft.

Nr.	Absatz
1.	
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	



4) Beantworten Sie einige Fragen zum Text **Soziale Verantwortung: Kinder- und Jugendtourismus**:

1. Welche Aspekte der sozialen Kompetenz eignen sich die Kinder und Jugendlichen auf Reisen an?
2. Zu welchen Schlussfolgerungen kamen die Mitglieder des Ausschusses für Tourismus in der Anhörung am 7. Juni 2000?
3. Welche Unterkunftmöglichkeiten haben Kinder und Jugendliche in Deutschland?
4. Auf welche Weise will die Regierung Reisen für Kinder zugänglicher machen?
5. Was wird unter dem Begriff "Aktionsplan Jugendtourismus" verstanden?



5) Hören Sie den Text **Ausschuss für Tourismus** und füllen Sie die Lücken aus:

Seit den 60er Jahren boomt die Tourismus-Branche: Die Deutschen können sich endlich wieder Urlaub leisten; und _____(1) machen erstmals mehr Bundesbürger Urlaub _____(2) als im eigenen Land. Dennoch bleibt der

Tourismus lange _____(3) der Politik: Erst _____(4) richtet das Parlament einen _____(5) beim Wirtschaftsausschuss ein.

Bisher hatten sich verschiedene Ausschüsse um _____(6) des Tourismus gekümmert: insbesondere der Wirtschafts- und der Verkehrsausschuss.

Mit dem neuen Unterausschuss reagiert der Bundestag auf seine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung und _____(7a) damit das Politikfeld "Tourismus" _____(7b).

Das Wort des Jahres 1989: _____(8). Mit dem Zusammenbruch des _____(9) können die DDR-Bürger endlich ihrer _____(10) nachgehen. Um die Zusammenarbeit zwischen den neuen und alten Bundesländern zu erleichtern, wird der Unterausschuss Fremdenverkehr 1991 in einen _____(11) umgewandelt. In der Anfangszeit hat er allein mit dem innerdeutschen Reiseverkehr _____(12). So lautet das Thema der ersten _____(13) Bundestagsdebatte der 12. Wahlperiode im Januar 1992: "Förderung des Fremdenverkehrs in den neuen Ländern".

 Sehen Sie zu dem Thema **Ausschuss für Tourismus** folgende Interviews mit dem:



Vorsitzenden Ernst Hinsken (CDU/CSU)



Stellv. Vorsitzenden Jann-Peter Janssen (SPD)



Arbeiten Sie an Paaren, übernehmen Sie dabei die Rollen des Vorsitzenden des Ausschusses für Tourismus und des stellvertretenden Vorsitzenden. Benutzen Sie die Informationen aus den Interviews.

 6) Machen Sie sich mit der Rubrik **Stärkung des Deutschlandtourismus**, die aus drei Textabschnitten besteht, vertraut. Erfüllen Sie folgende Aufgaben:



a) Merken Sie sich, wie der Text **Mittelstands- und Regionalförderung** gegliedert wird. Wählen Sie für jeden Teil einen anderen Titel;

-  b) Fassen Sie die Aktivitäten des Ausschusses für Tourismus anhand des Textes **Vermarktung** zusammen. Vergleichen Sie Ihre Beobachtungen mit dem Text 5, Lektion 3;
-  c) Bestimmen Sie anhand des Textes **Wettbewerbsfähigkeit in Europa**, welche Steuer Toursiten in Deutschland zahlen sollen. Vergleichen Sie die Arten von Steuern mit anderen europäischen Ländern.

 Überlegen Sie, welche Mittel Sie auch benutzen würden, um Tourismus in Deutschland attraktiver zu machen.

Lektion 4

 1) Sehen Sie zum Thema **Debatte im Bundestag** auch die folgenden Beiträge:

-  Parlamentarischer Staatssekretär Sigmar Moscard
-  Klaus Brähmig, CDU/CSU-Fraktion
-  Sylvia Voß, B90/Die Grünen-Fraktion
-  Ernst Burgbacher, F.D.P.-Fraktion
-  Rosel Neuhäuser, PDS-Fraktion
-  Birgit Roth SPD-Fraktion

 Füllen Sie die Lückentexte aus. Begründen Sie dabei die Nichtübereinstimmungen im Originaltext und Stenogramm:

Rosel Neuhäuser (PDS): Die _____(1) Folgen für die vom Tourismus betroffenen Regionen und Menschen im Hinblick auf eine nachhaltige _____(2) liegen auf der Hand: die Zunahme der Verkehrsbelastungen durch Emissionen, die Übernutzung traditioneller Tourismus-_____(3), die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, der Flächenverbrauch und die Versiegelung des _____(4), der Artenrückgang und die Bedrohung der Pflanzenwelt. Realistische _____(5) hat nachhaltiger und _____(6) Tourismus nur, wenn er nicht neben den bisherigen Tourismusformen _____(7) sondern die alleinige Tourismusform ist, eine Form, die nicht _____(8) lebt, sondern auch leben lässt. Hinsichtlich der Umweltfolgen wird im _____(9) der Bundesregierung noch unzureichend und für uns noch nicht weit genug auf _____(10) Lösungen bezüglich des Ressourcenverbrauchs eingegangen. Wir _____(11) eindeutige Verbindlichkeiten für die Tourismuswirtschaft in Deutschland _____(12) ihrer Auswirkungen auf die Umwelt. Ansätze dazu gibt es _____(13). Ein Katalog von Maßnahmen, die das _____(14) des Bundes im Verein von

Ländern und _____(15) umreißt, ist dringend geboten. Wir fordern nach wie vor einen nationalen Umweltplan.

Ernst Burgbacher (F.D.P.): Sie sprechen in Ihrem Tourismusbericht von dem Abbau _____(16) Hemmnisse, der Senkung von Steuer-_____(17) und der Beseitigung von _____(18)-verzerrungen. Die Ziele sind richtig und wir unterschreiben sie auch. Aber was tut die Regierung _____(19)? Tatsächlich hat die Regierung die Rahmenbedingungen verschlechtert. Sie hat weitere bürokratische Hemmnisse _____(20) und zusätzlich finanzielle Belastungen _____(21). Das ist heute Fakt. Wir haben über _____(22)-Jobs, Ökosteuer und andere konkrete Maßnahmen wie die Abschaffung des Vorsteuerabzugs und die Neuregelung der Provisionsbesteuerung genügend geredet. Herr Staatssekretär, Sie sprechen von der _____(23). Wir wissen doch alle, dass die _____(24) Betriebe zunächst mehr belastet _____(25) und dass es äußerst fragwürdig ist, ob es unter dem Strich eine Entlastung gibt. Wir setzen dagegen und fordern Bürokratieabbau durch Überprüfung von _____(26), Standards und _____(27) im europäischen Vergleich. Im Zeitalter des _____(28) ist dies angesagt und dringend notwendig.

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Dieser Bericht zeigt allerdings _____(29), dass die Bundesregierung dem Tourismus immer noch nicht den _____(30) einräumt, der ihm aufgrund seiner _____(31) Bedeutung eigentlich gebührt. Für unsere _____(32) ist dabei wichtig, mit der _____(33) nicht in einen Wettbewerb um nicht erfüllbare Versprechungen gegenüber der deutschen _____(34) einzutreten, wie dies vonseiten der _____(35) vor der Bundestagswahl erfolgte. Hier möchte ich nur auf das Beispiel der _____(36)-besteuerung verweisen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der _____(37)-Fraktion, Sie haben in Ihrem Wahlprogramm die Abschaffung der _____(38)-besteuerung angekündigt. Jetzt, da es zum _____(39) kommt, enthalten Sie sich der Stimme. Ihre

Kollegen im Finanzausschuss werden den Antrag der _____(40) auf Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung hinwegfegen. Das nenne ich Symbolpolitik und _____(41).

Ein alter römischer Rechts-_____(42) besagt: Wer Pflichten hat, der hat auch _____(43). Die _____(44) Bundesregierung verpflichtet die Unternehmer mit Recht zu sozial _____(45) Handeln gegenüber der Belegschaft. Also kann die Wirtschaft im Gegenzug auch gute, international _____(46) Rahmenbedingungen verlangen. Wo _____(47) diese Gegenleistung? Die Steuerreform, die ausbleibende _____(48) der sozialen Sicherungssysteme, die Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und die Ökosteuer sind allerdings Beweise _____(49), dass die _____(50) Bundesregierung zwar viel fordert, _____(51) aber wenig zu einer Gesundung bzw. Expansion der Wirtschaft auch und gerade im Tourismusbereich _____(52).

Sylvia Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): _____(53) einige Daten der Tourismusentwicklung unbefriedigend sind, kann nicht der Arbeit der Bundesregierung _____(54) werden. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Die _____(55) und _____(56) Auslastung der Bettenkapazitäten gerade in den fünf neuen Ländern – ich weiß, wovon ich spreche; ich komme _____(57) _____(58) – beruht auf einer nachgerade abenteuerlich zu nennenden Erweiterung der _____(59) - kapazitäten am Markt vorbei. Die Unternehmen sind _____(60) gut beraten, dort vor allem Investitionen in die _____(61) vorzunehmen. Die Tourismuspolitik der Bundesregierung orientiert sich am Prinzip der _____(62)-haltigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Politik wird das Bundesumweltministerium _____(63) dadurch unterstützen, dass ein einheitliches Umweltkennzeichen auf den Weg gebracht wird. Dieses soll durch eine _____(64) touristischer Produkte den Erfüllungsgrad des Anspruchs einer _____(65) Wirtschaftsentwicklung bewerten. Die derzeitige

Kleinräumigkeit und _____(66) der Kennzeichen und Siegel, die sich inzwischen überall etabliert haben, sind aus Sicht sowohl der _____(67) als auch der _____(68), die da gar nicht mehr durchblicken können, nicht wünschenswert. Die _____(69) Vorarbeiten und bisherigen praktischen Erfahrungen lassen es zu, die Entwicklung eines _____(70) touristischen Umweltzeichens jetzt energisch anzugehen. Es wird den Anbietern einen Image- und _____(71)-vorteil verschaffen und ökologische Innovationen in der gesamten _____(72) fördern.

Birgit Roth (SPD): Ein Wort noch zu den Konzentrations-_____(73) im Tourismusbereich, die bereits angesprochen _____(74). Diese hat das Bundeskartellamt – mit Auflagen _____(75) – genehmigt. Das heißt, wir begleiten diese Entwicklung in diesem Bereich sehr _____(76). Hinzu kommt, dass die Betriebe durch die Steuerreform je nach Umsatz bzw. durch die Unternehmensteuerreform ganz klar _____(77) werden. _____(78) sollte die Öko-_____(79), Frau Schäfer, nicht vergessen werden, denn die Öko-_____(80) trägt zu einer Reduzierung der _____(81) bei, wie Sie bereits erwähnt haben. Durch weitere flankierende Maßnahmen, wie einen Aktionsplan „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des _____(82). Jahrhunderts“, wird die Nutzung von modernen Informationstechniken weiter verbessert. Denn die Tourismusbranche ist ohne den E-Commerce _____(83) nicht mehr vorstellbar. _____(84) wäre zu sagen: Aufgrund der veränderten _____(85) Rahmenbedingungen sind die Perspektiven in der Tourismus-_____(86) ganz klar durch die Bundesregierung positiv verbessert worden. Danke schön.

Siegmar Mosdorf (SDP), Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Meine Damen und Herren, die Bundesregierung _____(87a) dem Tourismus eine besondere Bedeutung _____(87b). Wir glauben, dass

die Tourismusbranche unter dem Aspekt des _____(88), vor allem auch des Beschäftigungswachstums, eine sehr _____(89) Branche ist. Heute sind _____(90) Millionen Menschen in dieser Branche beschäftigt. Es werden etwa _____(91) Milliarden _____(92) an Umsatz, an Wertschöpfung erzielt. _____(93) Auszubildende sind in diesem Bereich tätig. Das sind wichtige Kenn-_____ (94), die zeigen, dass die Branche für unsere Volkswirtschaft einen hohen _____(95) hat. Das soll auch so bleiben. Meine Damen und Herren, es gibt _____(96) gerade bei einem hoch entwickelten Standort wie der Bundesrepublik Deutschland Spezialfragen, die man _____(97) behalten muss. Wir glauben, dass insbesondere der _____(98)-tourismus in Zukunft eine der wichtigsten und interessantesten _____(99) für Deutschland sein wird, also die Verbindung von Geschäftsreisen mit _____(100). Das machen auch schon viele Unternehmen. Wenn man das entsprechend kombiniert, hat Deutschland davon nicht nur als _____(101)-standort, als _____(102)-standort etwas, sondern eben auch unter dem Tourismusaspekt. Etwas Ähnliches könnte man zum Bereich des Gesundheitstourismus _____(103). Auch hier gibt es Kombinationsmöglichkeiten von Urlaub und _____(104), von Gesundheitsstandorten. Es gibt dort eine ganze Menge Möglichkeiten, die wir _____(105) wollen und auch _____(106) müssen, weil der Tourismus für uns ein Wirtschafts-_____ (107) ist, eher an Bedeutung gewinnen wird und der auch besonders beschäftigungsintensiv ist.

2) Interaktive Diskussion

Das Image vom Reiseland Deutschland aufpolieren und die mittelständischen Betriebe in der Tourismusbranche fördern: dass das die vorrangigen Aufgaben der Tourismuspolitik sein sollten, darüber sind sich die zuständigen Abgeordneten im Bundestag einig. Was kann die Politik tun, um Arbeitsplätze zu sichern, das Reisebüro-Sterben zu stoppen und umweltgerechtes Reisen zu fördern?

In diesen Fragen sind die tourismuspolitischen Sprecher der Fraktionen unterschiedlicher Meinung. Entscheiden Sie, wer Ihnen auf welche Frage antwortet!

👁️ Sehen Sie zum Thema **Interaktive Diskussion** auch die folgenden Beiträge:

- 🗣️ Brunhilde Irber, SPD-Fraktion
- 🗣️ Klaus Brähmig, CDU/CSU-Fraktion
- 🗣️ Rosel Neuhäuser, PDS-Fraktion
- 🗣️ Ernst Burgbacher, F.D.P.-Fraktion
- 🗣️ Sylvia Voß, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



✍️ Merken Sie, wie die Abgeordneten die Fragen beantworten und füllen Sie folgende Tabelle aus:

Nr.	Frage Beitrag	Brunhilde Irber	Klaus Brähmig	Rosel Neuhäuser	Ernst Burgbacher	Sylvia Voß
1.	Detuschland – Reiseland für Detusche					
2.	Wie lassen sich dauerhaft qualifizierte Arbeitsplätze schaffen?					
3.	Welche Chance sehen Sie für die kleinen und mittelständigen Anbieter					

4.	Beitrag zum umwelt- und sozialverträg- lichen Tourismus					
5.	Ausreichende Warnung bei Reisen in gefährlichen Ländern					



3) Lesen Sie folgenden Text. Vergleichen Sie das Debattensystem im deutschen Bundestag und im Parlament Ihres Heimatlandes:

AUSZÜGE DER GESCHÄFTSORDNUNG DES BUNDESTAGES (gekürzt)

VI. Tagesordnung, Einberufung, Leitung der Sitzung und Ordnungsmassnahmen

§ 19 Sitzungen

Die Sitzungen des Bundestages sind öffentlich. Die Öffentlichkeit kann nach Artikel 42 Abs.1 des Grundgesetzes ausgeschlossen werden.

Artikel 42 Abs.1 GG



(1) Der Bundestag verhandelt öffentlich. Auf Antrag eines Zehntels seiner Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.

§ 20 Tagesordnung

(1) Termin und Tagesordnung jeder Sitzung des Bundestages werden im Ältestenrat vereinbart, es sei denn, daß der Bundestag vorher darüber beschließt oder der Präsident sie nach § 21 Abs.1 selbständig festsetzt.

(2) Die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Bundestages, dem Bundesrat und der Bundesregierung mitgeteilt. Sie gilt, wenn kein Widerspruch erfolgt, mit Aufruf des Punktes1 als festgestellt. Nach Eröffnung jeder Plenarsitzung kann vor Eintritt in die jeweilige Tagesordnung jedes Mitglied des Bundestages eine Änderung der Tagesordnung beantragen, wenn es diesen Antrag bis spätestens 18 Uhr des Vortages dem Präsidenten vorgelegt hat.

(3) Nach Feststellung der Tagesordnung dürfen andere Verhandlungsgegenstände nur beraten werden, wenn nicht von einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages widersprochen wird oder diese Geschäftsordnung die Beratung außerhalb der Tagesordnung zuläßt. Der Bundestag kann jederzeit einen Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung absetzen, soweit diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt.

(4) Vorlagen von Mitgliedern des Bundestages müssen auf Verlangen der Antragsteller auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und beraten werden, wenn seit der Verteilung der Drucksache (§ 123) mindestens drei Wochen vergangen sind.

(5) Ist eine Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben worden, kann der Präsident für denselben Tag einmal eine weitere Sitzung mit derselben Tagesordnung einberufen. Innerhalb dieser Tagesordnung kann er den Zeitpunkt für die Wiederholung der erfolglosen Abstimmung oder Wahl festlegen oder sie von der Tagesordnung absetzen, es sei denn, daß von einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages widersprochen wird.

§ 22 Leitung der Sitzungen

Der Präsident eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen. Vor Schluß der Sitzung gibt der Präsident nach den Vereinbarungen im Ältestenrat oder nach Beschluß des Bundestages den Termin der nächsten Sitzung bekannt.

§ 23 Eröffnung der Aussprache

Der Präsident hat über jeden Verhandlungsgegenstand, der auf der Tagesordnung steht, die Aussprache zu eröffnen, wenn sie nicht unzulässig oder an besondere Bedingungen geknüpft ist.

§ 24 Verbindung der Beratung

Die gemeinsame Beratung gleichartiger oder im Sachzusammenhang stehender Verhandlungsgegenstände kann jederzeit beschlossen werden.

§ 25 Vertagung der Beratung oder Schluß der Aussprache

(1) Ist die Rednerliste erschöpft oder meldet sich niemand zum Wort, so erklärt der Präsident die Aussprache für geschlossen.

(2) Der Bundestag kann auf Antrag einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages die Beratung vertagen oder die Aussprache schließen. Der Antrag auf Schluß der Aussprache geht bei der Abstimmung dem Antrag auf Vertagung vor. Ein Antrag auf Schluß der Aussprache darf erst zur Abstimmung gestellt werden, wenn jede Fraktion mindestens einmal zu Wort gekommen ist.

§ 26 Vertagung der Sitzung

Die Sitzung kann nur vertagt werden, wenn es der Bundestag auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages beschließt.

§ 27 Worterteilung und Wortmeldung

(1) Ein Mitglied des Bundestages darf nur sprechen, wenn ihm der Präsident das Wort erteilt hat. Will der Präsident selbst sich als Redner an der Aussprache beteiligen, so hat er während dieser Zeit den Vorsitz abzugeben. Mitglieder des Bundestages, die zur Sache sprechen wollen, haben sich in der Regel bei dem

Schriftführer, der die Rednerliste führt, zum Wort zu melden. Zur Geschäftsordnung und zur Abgabe von Erklärungen können Wortmeldungen durch Zuruf erfolgen.

(2) Für Zwischenfragen an den Redner und für Zwischenbemerkungen in der Aussprache über einen Verhandlungsgegenstand melden sich die Mitglieder des Bundestages über die Saalmikrofone zum Wort. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen, die kurz und präzise sein müssen, dürfen erst gestellt werden, wenn der Redner sie auf eine entsprechende Frage des Präsidenten zuläßt. Im Anschluß an einen Debattenbeitrag kann der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung von höchstens drei Minuten erteilen; der Redner darf hierauf noch einmal antworten.

§ 28 Reihenfolge der Redner

(1) Der Präsident bestimmt die Reihenfolge der Redner. Dabei soll ihn die Sorge für sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung, die Rücksicht auf die verschiedenen Parteirichtungen, auf Rede und Gegenrede und auf die Stärke der Fraktionen leiten; insbesondere soll nach der Rede eines Mitgliedes oder Beauftragten der Bundesregierung eine abweichende Meinung zu Wort kommen.

(2) Der erste Redner in der Aussprache zu Vorlagen von Mitgliedern des Bundestages soll nicht der Fraktion des Antragstellers angehören. Antragsteller und Berichterstatter können vor Beginn und nach Schluß der Aussprache das Wort verlangen. Der Berichterstatter hat das Recht, jederzeit das Wort zu ergreifen.

§ 33 Die Rede

Die Redner sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen.

§ 35 Rededauer

(1) Gestaltung und Dauer der Aussprache über einen Verhandlungsgegenstand werden auf Vorschlag des Ältestenrates vom Bundestag festgelegt. Kommt es im Ältestenrat nicht zu einer Vereinbarung gemäß Satz 1 oder beschließt der Bundestag nichts anderes, darf der einzelne Redner in der Aussprache nicht länger als 15

Minuten sprechen. Auf Verlangen einer Fraktion kann einer ihrer Redner eine Redezeit bis zu 45 Minuten in Anspruch nehmen. Der Präsident kann diese Redezeiten verlängern, wenn der Verhandlungsgegenstand oder der Verlauf der Aussprache dies nahelegt.

(2) Spricht ein Mitglied der Bundesregierung, des Bundesrates oder einer ihrer Beauftragten länger als 20 Minuten, kann die Fraktion, die eine abweichende Meinung vortragen lassen will, für einen ihrer Redner eine entsprechende Redezeit verlangen.

(3) Überschreitet ein Mitglied des Bundestages seine Redezeit, so soll ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.

§ 37 Wortentziehung

Ist ein Redner während einer Rede dreimal zur Sache oder dreimal zur Ordnung gerufen und beim zweiten Male auf die Folgen eines dritten Rufes zur Sache oder zur Ordnung hingewiesen worden, so muß ihm der Präsident das Wort entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Verhandlungsgegenstand nicht wieder erteilen.

§ 46 Fragestellung

Der Präsident stellt die Fragen so, daß sie sich mit "Ja" oder "Nein" beantworten lassen. Sie sind in der Regel so zu fassen, daß gefragt wird, ob die Zustimmung erteilt wird oder nicht. Über die Fassung kann das Wort zur Geschäftsordnung verlangt werden. Bei Widerspruch gegen die vorgeschlagene Fassung entscheidet der Bundestag.

§ 47 Teilung der Frage

Jedes Mitglied des Bundestages kann die Teilung der Frage beantragen. Ist die Zulässigkeit der Teilung zweifelhaft, so entscheidet bei Anträgen von Mitgliedern des Bundestages der Antragsteller, sonst der Bundestag. Unmittelbar vor der Abstimmung ist die Frage auf Verlangen vorzulesen.

§ 48 Abstimmungsregeln

(1) Abgestimmt wird durch Handzeichen oder durch Aufstehen oder Sitzenbleiben. Bei der Schlußabstimmung über Gesetzentwürfe (§ 86) erfolgt die Abstimmung durch Aufstehen oder Sitzenbleiben.

(2) Soweit nicht das Grundgesetz, ein Bundesgesetz oder diese Geschäftsordnung andere Vorschriften enthalten, entscheidet die einfache Mehrheit. Stimmengleichheit verneint die Frage.

(3) Wird durch das Grundgesetz, ein Bundesgesetz oder diese Geschäftsordnung für einen Beschluß oder eine Wahl eine bestimmte Mehrheit vorgeschrieben, stellt der Präsident ausdrücklich fest, daß die Zustimmung der erforderlichen Mehrheit vorliegt..*Artikel 42 Abs.2 GG*

(2) Zu einem Beschlusse des Bundestages ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt. Für die vom Bundestage vorzunehmenden Wahlen kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen. Mehrheit der Mitglieder: Artikel 121 GG, abgedruckt bei § 2.

 Machen Sie sich mit folgenden Informationen über den Debatteverlauf vertraut:

-  Ablauf der Debatte
-  Große Debatte
-  Kurzdebatte
-  Aktuelle Stunde
-  Donnerstagsdebatte
-  Rederecht und Rededauer
-  Zwischenfrage und Kurzintervention

 Überlegen Sie, welche Vor- und Nachteile es im Debattensystem Deutschlands gibt. Welche Bemerkungen gelten auch für das Parlament Ihres Heimatlandes?

4) Arbeit für die Bürger

Politiker müssen flexibel sein: ob Bauinspektion auf dem Brandenburger Tor, für den guten Zweck Haare schneiden oder Spaten stechen am ehemaligen Mauerstreifen - im Wahlkreis sind andere Fähigkeiten gefordert als bei der Arbeit im Bundestag. Denn wenn die Abgeordneten nicht in Ausschüssen beraten oder im Plenum debattieren, heisst es: zurück zur Basis. Wir begleiten fünf Berliner Abgeordnete vor Ort!

 Folgende fünf Berliner Abgeordnete wurden vor Ort begleitet:

-  Detlef Dzembritzki
-  Siegfried Helias
-  Dr. Günter Rexrodt
-  Franziska Eichstädt-Bohlig
-  Petra Pau

 Füllen Sie anhand der Informationen, die Sie vom Videobericht erfahren haben, folgende Tabelle aus:

Nr	Name	Fraktion	Personalien	Problem-bereiche	Initiativen
1.	Detlef Dzembritzki				
2.	Siegfried Helias				
3.	Dr. Günter Rexrodt				
4.	Franziska Eichstädt-Bohlig				
5.	Petra Pau				



Texte zur Kontrolle

Reisen bildet, fördert die Gesundheit und dient der Völkerverständigung - heisst es so schön. Und das ist nicht alles.

Jedes Jahr wird ein neues Rekordjahr für Übernachtungszahlen, zurückgelegte Kilometer und Umsätze. Die Tourismusbranche ist inzwischen von enormer wirtschaftlicher Bedeutung. Aber das hat nicht immer und überall positive Folgen – für die Umwelt, für die Menschen am Urlaubsort und für kleine Reiseunternehmen hierzulande.

Was kann die bundesdeutsche Politik dazu beitragen, damit Tourismus eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaftsbranche wird? Welche Schwerpunkte setzt der Bundestag in seiner Tourismuspolitik?

In unserem Rückblick reisen Sie mit uns zu den Anfängen des Tourismus: Vom berühmtesten Italien-Touristen Goethe über die bürgerliche Sommerfrische bis zum Massentourismus.

Lektion 1. Tourismusstandort Deutschland

Wirtschaftsfaktor Tourismus

Vom Kellner zum Hoteldirektor, von der Reiseleiterin bis zur Empfangschefin: Keine andere Wirtschaftsbranche bietet mehr Arbeitsplätze. 1,1 Millionen Menschen arbeiten im Gastgewerbe - in Gastronomie und der Hotellerie. Mit den ergänzenden Bereichen der Tourismusbranche wie Einzelhandel oder Verkehr zählt der Deutsche Tourismusverband 2,8 Millionen Beschäftigte, das macht einen Anteil von 7,8 Prozent an der Gesamtbeschäftigung.

Die Tourismuswirtschaft ist auf Wachstumskurs: Mit 275 Milliarden Mark im Jahr 1999 setzt sie mehr Geld um als die meisten anderen Branchen. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt acht Prozent.

Davon profitieren auch die Kommunen:

- durch Gewerbesteuer,
- Grundsteuer und
- anteilige Lohn- und Einkommenssteuern fließen zwei bis drei Prozent vom Nettoumsatz in ihre Kassen. Reisen, Speisen, Übernachten, Unterhaltung: das lassen sich die Urlauber was kosten. Pro Urlaubsreise von mindestens fünf Tagen Dauer durchschnittlich 1.423 Mark.

Für Reisen ins Ausland geben deutsche Urlauber fast dreimal so viel Geld aus wie ausländische Reisende in Deutschland: 2000 stiegen die Reiseausgaben der Bundesbürger um 6 Prozent auf 96,3 Milliarden Mark. Reisende aus dem Ausland ließen hingegen nur knapp 33 Milliarden Mark in Deutschland - ein Defizit von 63 Milliarden Mark, das die Deutsche Bundesbank 2000 in der Reiseverkehrsbilanz verzeichnen musste.

Tourismusmarkt Deutschland

Reiseland Deutschland:

- das sind 14 626 Städte und Gemeinden,
- 310 Kurorte und Heilbäder.
- 4.200 der Orte sind in Tourismusverbänden organisiert.

Verkehrsgesellschaften, Reiseveranstalter, Reisebüros, Hotels, Gaststätten und kulturelle Einrichtungen gehören außerdem zum vielfältigen Netzwerk des deutschen Tourismus. Als übergeordneter Dachverband fungiert die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (DZT). Sie hat die Aufgabe, Deutschland überregional im In- und Ausland zu präsentieren.

Wichtige touristische Entscheidungen werden in Deutschland von den Bundesländern getroffen. Diese Länderhoheit ist in der föderativen Verfassung festgeschrieben. Wo sind die Grenzen des Naturschutzgebietes, wann beginnen die Ferien und wie ist die Infrastruktur aufgebaut: das sind nur einige Themen, die die Länder unter sich abstimmen und genau koordinieren müssen.

Weil Touristen nicht an Stadt- und Landesgrenzen halt machen, sagen immer mehr Gemeinden und Verbände: "Schluss mit der Kleinstaaterei!" Sie schließen sich

zusammen und präsentieren die gesamte Region, zum Beispiel den Spreewald, die Uckermark oder die "Straße der Romanik".

In punkto Übernachtung wählen die Reisenden in Deutschland zwischen

- 38.913 Hotels,
- mehr als 10.000 Ferienhäusern und
- 970.000 Camping-Stellplätzen.

Wellness, Kneipp-Bäder oder Auskurieren: 1.097 Sanatorien und Kurkrankenhäuser kümmern sich um Leib und Seele. 13 Nationalparks, 6.200 Naturschutzgebiete und 40.000 Kilometer Radfernwege wollen von Naturfreunden entdeckt werden. Wem der Sinn dagegen mehr nach Kultur und Unterhaltung steht, der hat die Wahl zwischen

- 220 Freizeit- und Erlebnisparks,
- 4.274 Museen und
- 10.000 Volksfesten.

Tourismus und Umwelt

Paradebeispiel Mallorca:

Jahr für Jahr sorgt der Massentourismus in den Sommermonaten für eine extreme Wasserknappheit. Das Landesinnere kann immer weniger landwirtschaftlich genutzt werden, die Küsten werden zubetoniert und Abwasser ins Meer eingeleitet. Laut einer Studie sind rund 80 Prozent der Strände ökologisch nicht intakt. 500.000 Tonnen Müll bedrohen zusätzlich Flora und Fauna der Insel und machen der einheimischen Bevölkerung das Leben schwer.

Und das nicht nur auf der Baleareninsel! Überall auf der Welt fügt der Tourismus der Umwelt Schäden zu: in zahlreichen Skigebieten wächst im Sommer tatsächlich kein Gras mehr, während der rasant expandierende Flugverkehr den Treibhauseffekt verschärft und damit auch das globale Klima verändert. Wenn einer eine Reise tut, dann hat er meistens hohe Ansprüche an seine Urlaubsregion: Geschäfte, Bars und Cafés. Sie sollen problemlos erreichbar sein und möglichst

keinen Lärm verursachen. Diese ausgefeilte Infrastruktur liegt idealerweise noch inmitten unberührter Natur und sauberer Luft.

Ein florierender Tourismus ist direkt von einer gesunden Umwelt abhängig. "Umdenken" lautet die Devise für Organisatoren, Veranstalter und für die Reisenden selbst. Nur wenn sich alle auf eine schonende Nutzung der Ressourcen besinnen, kann der Tourismus langfristig positive Auswirkungen auf Einheimische und Natur haben. Ökologische Kriterienkataloge und Umwelt-Auszeichnungen sollen als Ansporn dienen. *Wir haben verstanden!* heißt es nicht nur in den Landschaftsschutzgebieten, die mittlerweile fast ein Drittel der Fläche des Bundesgebietes einnehmen. Dank moderner Umwelttechnik wie Katalysatoren oder FCKW-freier Heiz- und Kühlsysteme wurde auch in anderen deutschen Ferienregionen die Qualität von Luft und Gewässern in den letzten Jahren entscheidend verbessert.

Beim sogenannten Öko-Tourismus ist gerade der konkrete Naturschutz Programm. Edle Herberge aus biologischen Baustoffen oder das Safari-Camp mit Einheimischen: das Geld der umweltbewussten Touristen fließt direkt in Projekte vor Ort, die die ökologische Vielfalt sichern.

Die Nachhaltigkeit des Tourismus ist nicht nur deutsches, sondern internationales Ziel. Klima, Küsten, Artenvielfalt: internationale Abkommen, wie zum Beispiel die Konvention zum Schutz der Alpen von 1991 geben konkrete Handlungsschritte vor. Touristenfreie Zonen und umweltverträgliche Sportaktivitäten: das ist für alle Alpenanrainerstaaten vorgeschrieben.

Tourismus-Rückblick

Forscher überqueren Weltmeere, Gläubige pilgern zu Heiligen Stätten, Händler ziehen von Stadt zu Stadt - seit Anbeginn gehen Menschen auf Reisen. Nur eines war unseren Vorfahren lange unbekannt: Das Reisen zur Erholung, zum Vergnügen oder auch nur um des Reisens willen - also das, was wir heute Tourismus nennen.

Die Erfindung moderner Verkehrsmittel und soziale Errungenschaften wie garantierter Urlaub machten den Tourismus innerhalb von zwei Jahrhunderten zur Massenbewegung.

Vom Reisen als Privileg des Adels über die "Kraft durch Freude"-Bewegung im Nationalsozialismus bis zum Reiseboom nach der Wiedervereinigung - kommen Sie mit auf unserer Reise in die Geschichte des Tourismus.

Adelig und wohlhabend - das zeichnet sie aus, die ersten Touristen der Moderne. Im 18. Jahrhundert machen sich Angehörige europäischer Adelshäusern erstmals auf, um die berühmtesten Städte und Landschaften des Kontinents zu besuchen. Zu Pferd oder mit der Kutsche reisen sie quer durch Europa und sind teilweise jahrelang unterwegs. Grand Tour - die "Große Reise" - ist die Frühform des Tourismus.

Die bevorzugten Reiseziele sind Paris, Genua, Florenz, Venedig und Rom. Die Grand Tour dient dabei in erster Linie zur Bildung und zur Verbesserung der Sprachkenntnisse. Aber auch der Kontakt zu den ausländischen Adelsgeschlechtern ist ein wichtiger Aspekt. Bei gesellschaftlichen Ereignissen werden politische und wirtschaftliche Beziehungen gepflegt oder entwickelt.

Prominentester deutscher Grand Touriste [Gran (nasal) Turist'] ist Johann Wolfgang von Goethe. 1786 macht er sich erstmals auf den Weg über die Alpen, um Italien zu bereisen. Erst zwei Jahre später kehrt er in seine Heimat Weimar zurück. Seine Berichte und Erzählungen prägen das Italienbild in Deutschland.

Die frühe Form des Tourismus ist im 18. Jahrhundert allein ein Privileg des wohlhabenden Adels - der übrigen Bevölkerung sind Urlaub und Freizeit unbekannt. Revolution und Krieg beenden zu Beginn des 19. Jahrhunderts schließlich auch die großen europäischen Rundreisen der Aristokratie.

Die Grand Tour im 18. Jahrhundert

Komfortable Kur- und Seebäder - sie sind die touristischen Hauptattraktionen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nach der Französischen Revolution und

napoleonischen Kriegen zieht der Adel es vor, innerhalb der eigenen Landesgrenzen Ablenkung zu finden. Die nationale Selbstdarstellung wird dem internationalen Austausch vorgezogen. Die exklusiven Kurorte bilden dafür den angemessenen Rahmen.

Schnell schafft sich die Aristokratie in Orten wie Baden-Baden, Karlsbad, Marienbad oder Wiesbaden luxuriöse Enklaven. Obwohl zur Behandlung körperlicher Leiden angereist, tummeln sich die Kurgäste bei gesellschaftlichen Anlässen auf der Kurpromenade oder im Spielkasino.

Erst als auch wohlhabende Bürgerliche die Kurorte entdecken und vermehrt anreisen, zieht sich der Adel in Seebäder zurück. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts werden in Deutschland die ersten Seebadeanstalten eröffnet: in Heiligendamm, Travemünde und auf Norderney - weit von den Städten entfernt und für Normalbürger kaum zu erreichen.

Aber auch hier bleibt der Adel nicht lange unter sich. Neue, moderne Verkehrsmittel erschließen die Seebäder. Die Eisenbahn verdrängt die Postkutsche, und wenig später sind die Küsten auch für andere Bevölkerungsschichten erreichbar.

Das Zeitalter der Kur- und Seebäder

Industrialisierung und Mobilisierung

Die Eisenbahn macht's möglich - die Gesellschaft wird mobil und der Tourismus zu einer Massenbewegung. Die Erfindung der Dampflokomotive Anfang des 19. Jahrhunderts revolutioniert das Verkehrswesen. In Deutschland entsteht in den Jahren von 1835 bis 1880 ein Schienennetz von 33.000 Kilometern.

Im Zeitalter der Industrialisierung ist das Bedürfnis nach Erholung sprunghaft angestiegen. Die triste Umgebung der Städte und die schweren Arbeitsbedingungen erzeugen bei vielen den Wunsch, die spärliche Freizeit außerhalb der industriellen Zentren zu verbringen.

Im Gegensatz zur Kutschfahrt ist die Eisenbahn eine sehr komfortable Form des Reisens - und außerdem preiswert. Nun können sich mehr Menschen aus allen Schichten kurze Ausflüge leisten. In Deutschland werden Mittelgebirge wie der Harz,

Thüringer Wald oder Riesengebirge und das Rheinland zu beliebten Reisezielen für die Stadtbewohner.

Langsam entwickelt sich ein Wirtschaftszweig, der auf Tourismus spezialisiert ist. 1835 veröffentlicht Karl Baedeker den ersten Reiseführer: die "Rheinreise von Mainz bis Cöln" - ein Handbuch mit 12 Rheinansichten zur Orientierung mit Ratschlägen und praktischen Hinweisen. Und in Berlin eröffnet Carl Riesel 1854 Unter den Linden das erste deutsche Reisebüro.

Erste gesetzliche Urlaubsregelungen prägen die touristischen Entwicklungen im Deutschen Kaiserreich. Bereits zwei Jahre nach Gründung des Reiches wird 1873 das Reichsbeamtenengesetz verabschiedet. Es gewährt Beamten und hohen Angestellten erstmals die Möglichkeit eines unbezahlten Jahresurlaubs. Sie sind die ersten Urlaubsreisenden und sie schaffen sich eine spezifisch deutsche Form des Tourismus: Erholungsurlaub in der ländlich-bescheidenen Umgebung kleiner Orte in den Mittelgebirgen- die sogenannte Sommerfrische. Im Bayrischen Wald, im Harz und der Sächsischen Schweiz findet das deutsche Bürgertum Jahr für Jahr geeignete Fluchtpunkte vor der Hektik des städtischen Lebens.

Zeitgleich entwickelt sich der organisierte Arbeitertourismus. Die Masse der Industrie- und Landarbeiter hat weiterhin nur an Sonn- und Feiertagen frei. Dennoch zieht es immer mehr Menschen aus der Arbeiterklasse in die freie Natur.

Naturempfinden und Streben nach Bildung fördern - das sind auch die Ziele der ersten proletarischen Touristen-Organisationen. In den Jahren 1908 entsteht in Berlin der "Touristenverein Die Naturfreunde", 1909 der "Arbeiter-Wanderbund". Sie veranstalten regelmäßige Wanderungen, Besichtigungen und Vorträge. Nun nehmen alle gesellschaftlichen Schichten am Tourismus teil.

Tourismus im deutschen Kaiserreich

Die Weimarer Republik

Einkommensschwachen Bevölkerungsteilen preiswerte Urlaubsmöglichkeiten schaffen - das ist das Anliegen des Sozialtourismus. Er entwickelt sich in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik auf Initiative der Gewerkschaften. Sie

kämpfen um bezahlte Freizeit, die den deutschen Arbeitern trotz Revolution und Republik immer noch nicht zusteht.

Denn in der Weimarer Republik gibt es keine Urlaubsgesetze. Die Urlaubsregelungen sind von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich. Erst durch Streiks und Demonstrationen erreichen die Gewerkschaften in zahlreichen Tarifverträgen einen Urlaubsanspruch für Arbeiter.

1929 wird einem Drittel der 35 Millionen Werktätigen in Deutschland bezahlte Ferientage garantiert. Im Durchschnitt zwischen drei und sechs Tage pro Jahr. Aber für die meisten Arbeiter sind Urlaubsreisen unbezahlbar. So greifen die Gewerkschaften zur Selbsthilfe. Sie bauen und erwerben eigene Ferienheime in ganz Deutschland. In ihnen können Arbeiter und ihre Familien zu ermäßigten Preisen Erholung finden. Der Sozialtourismus ist geboren. Am Ende der Weimarer Republik hat sich die Arbeiterschaft eine eigene Ferienkultur geschaffen.

Im Jahre 1932 verfügt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund über 100 Volks- und Gewerkschaftshäuser landesweit.

Regeneration von Arbeitskraft bei gleichzeitiger ideologischer Schulung - das ist das tourismuspolitische Konzept der Nationalsozialisten. Ihre Strategie: *Der Tourismus wird vom Staat organisiert*. So erhält jeder deutsche Arbeiter nach der Machtergreifung 1933 einen gesetzlich geregelten Anspruch auf Urlaub. Auch die Freizeit- und Reiseangebote werden von nun an vom Staat zur Verfügung gestellt. So folgt die nationalsozialistische Propaganda den Deutschen auch an den Urlaubsort. Im November 1933 wird innerhalb der Einheitsgewerkschaft "Deutsche Arbeitsfront" eine neue Unterabteilung geschaffen. Ihr Name: "Nationalsozialistische Gemeinschaft Kraft durch Freude" - kurz KdF. Von Theaterbesuchen und Schachturnieren, über Wanderausflüge und Zugreisen in die deutschen Alpen bis hin zu Kreuzfahrten nach Norwegen und Madeira – das Angebot der Organisation "Kraft durch Freude" ist umfangreich, preiswert und beliebt. Sie wird zum größten Reiseveranstalter der Welt.

Erst der Ausbruch des Krieges beendet die Tätigkeit der Gemeinschaft "Kraft durch Freude" für immer. Mit dem Kriegswirtschaftsgesetz vom September 1939 wird zudem jeglicher gesetzlicher Urlaubsanspruch gestrichen.

"Kraft durch Freude" im Dritten Reich

Die Stunde Null und die fünfziger Jahre

Das Land ist in vier Zonen aufgeteilt, die Städte sind größtenteils zerstört und die Hotels und Pensionen mit Flüchtlingen oder Verwundeten belegt - der Tourismus steht vor einem Neuanfang.

Aber die Reiselust der Deutschen kehrt wieder. Bereits 1946 werden die ersten Reisebüros eröffnet und Fremdenverkehrsverbände gegründet. Die Einführung der D-Mark durch die Währungsreform im Sommer 1948 beschert den Deutschen auch im Fremdenverkehr wieder stabile Preise. Höhere Beamte und Angestellte sind die ersten, die touristische Aktivitäten entfalten. Bevorzugtes Reiseziel sind die heimischen Regionen - ein Urlaub im Ausland ist noch zu teuer.

Ludwig Erhards Ziel vom "Wohlstand für alle" ist zu Beginn der fünfziger Jahre noch nicht erreicht. Eine Urlaubsreise ist für breite Bevölkerungsteile undenkbar. Die Menschen verwenden ihre knappen finanziellen Mittel eher für lange entbehrte Status-Symbole wie Möbel, Kleidung oder ein eigenes Auto.

Die Fremdenverkehrswirtschaft lässt sich davon nicht beirren. Acht Jahre nach Kriegsende hat sie ihre Kapazitäten auf den Vorkriegsstand gebracht. Und mit dem Anstieg der Massenkaufkraft gedeiht auch der Tourismus. Von 1952 bis 1960 verdoppelt sich die Zahl der Übernachtungen in den deutschen Feriengebieten. Die Urlaubsreise wird langsam zur Normalität.

Tourismus in der DDR

"Jeder Arbeitende hat ein Recht auf Erholung und auf jährlichen Urlaub gegen Entgelt [...]", so heißt es in Artikel 16 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949. Im Gegensatz zur Bundesrepublik ist der Urlaubsanspruch der DDR-Bürger damit verfassungsrechtlich verankert. 12 Tage Grundurlaub stehen allen

Arbeitern und Angestellten zu, bei schweren oder verantwortlichen Tätigkeiten gibt es mehr.

Und auch eine Urlaubsreise soll jedem ermöglicht werden. Bereits 1947 erhält der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (kurz FDGB) einen eigenen Feriendienst. Seine wichtigste Funktion: *Werk tätigen und ihren Familien einen verbilligten Urlaub zu ermöglichen.* Schnell beginnt der Feriendienst mit der Reorganisation des Tourismus im Ostteil Deutschlands.

Durch Neubau und Enteignung privater Fremdenverkehrsbetriebe verfügt der Feriendienst schnell über eine stattliche Anzahl von Ferienunterkünften, vor allem an der Ostseeküste und den Mittelgebirgen. 1955 übersteigt die Anzahl der vergebenen Reisen bereits die Millionengrenze. Der FDGB wird zum wichtigsten Reiseveranstalter der DDR.

Die Integration breiter Bevölkerungsteile in das neu entwickelte Staatswesen ist das Ziel. Ab 1954 sind zwar touristische Reisen ins sozialistische Ausland erlaubt, jedoch für die wenigsten erschwinglich. Die Bürger der DDR reisen vor allem mit dem Feriendienst des FDGB in die inländischen Feriengebiete.

Das Wirtschaftswunder ist wahr geworden - die Mehrheit der Deutschen reist wieder. Steigende Einkommen, die Verlängerung der Mindesturlaubsdauer und die wachsende Motorisierung verhelfen in den sechziger Jahren dem Massentourismus zum Aufschwung.

Wichtige Voraussetzung für regelmäßige Ferienreisen ist das Bundesurlaubsgesetz, das 1963 in Kraft tritt. Danach hat jeder westdeutsche Arbeitnehmer Anspruch auf fünfzehn Tage bezahlten Erholungsurlaub. Die Frage des Urlaubs wird so erstmals durch ein Bundesgesetz geregelt.

Der unaufhaltsame Siegeszug des Autos unterstützt die Reiselust der Deutschen. Im Laufe des Jahrzehnts verdreifacht sich die Zahl der Privatwagen im Land auf über zwölf Millionen. Unabhängig und flexibel erreichen die Menschen nun das Ferienziel ihrer Wahl. Verkehrsmittel wie Bus und Bahn verlieren immer mehr an Bedeutung. Flugreisen nehmen zu. Vor allem im Rahmen der neuen Charterreisen bringen immer schnellere und größere Flugzeuge die deutschen Touristen in die

Ferne. Die Branche boomt. Reisebüros und -veranstalter wachsen schneller als der Rest der Wirtschaft.

Die Folge: Im Jahre 1968 verbringen erstmals mehr Deutsche ihren Urlaub im Ausland als in der Bundesrepublik. Die bevorzugten Reiseziele sind die Schweiz und Österreich. Aber auch die Mittelmeerstrände Italiens erfreuen sich wachsender Beliebtheit.

Die sechziger Jahre und das Bundesurlaubsgesetz

Tourismus in den siebziger und achtziger Jahren

Die Wirtschaftskrise - sie schlägt den Deutschen zu Beginn der siebziger Jahre auf die Stimmung. Nur ein Bereich bleibt verschont: Der Tourismus. Trotz wirtschaftlicher Rezession und Ölpreisschock gehen die Deutschen weiter auf Reisen. Die Zahl der jährlichen Urlauber steigt sogar: Von 18,5 Millionen im Jahr 1970 auf 26,7 Millionen 1984. Das ist der Beweis: *Der Tourismus ist ein bedeutender, krisenfester Wirtschaftszweig - und damit von politischer Bedeutung.*

Dem trägt auch die Bundesregierung Rechnung. 1975 erstellt sie erstmals ein tourismuspolitisches Grundsatzprogramm mit zwei zentralen Zielen.

Erstens: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft steigern.

Zweitens: Voraussetzungen schaffen, damit mehr Menschen am Tourismus teilnehmen können.

Inzwischen sind auch Auslandsreisen zur Normalität geworden. Fliegen und Pauschalreisen werden immer billiger. So verbringen in den siebziger und achtziger Jahren rund 60 Prozent der deutschen Urlauber ihre Ferien im Ausland. Zu diesem Ausland gehört auch die DDR. Bedingt durch die Ostpolitik der Regierung Brandt wird Westdeutschen vermehrt die Einreise in die DDR erlaubt. 1976 erreicht der innerdeutsche Reiseverkehr seinen Höhepunkt: Rund 6,5 Millionen Bundesbürger überqueren die Zonengrenze Richtung Osten. Tourismus wird zum Mittel der Entspannung.

Die DDR und die Reisefreiheit

Auf zur Schwarzmeerküste und in den Böhmerwald - trotz Abgrenzungspolitik und Devisenmangel zieht es auch die Bürger der DDR in ihrer Urlaubszeit ins Ausland. Ende der sechziger Jahre verlieren die Inlandsreisen mit dem Feriendienst des Freiheitlich Demokratischen Gewerkschaftsbundes immer mehr an Attraktivität. Wichtigster Reiseorganisator werden die volkseigenen Betriebe.

Aber auch staatliche Reisebüros für Fernreisen und privat organisierte Reisen werden beliebter. Mit Wartburg und Trabant machen sich die Ostdeutschen auf den Weg in ihr Feriendomizil - sei es auf dem Campingplatz oder im "sozialistischen Ausland". Neue Visaregelungen für die Tschechoslowakei 1967 und Polen 1972 erleichtern die Reise über die Grenzen.

Aber die touristischen Möglichkeiten bleiben insgesamt unbefriedigend. Als sich Ende der achtziger Jahre die Bürgerrechtsbewegung in der DDR formiert, wird auch der Ruf nach freier Ausreise immer lauter. Mit der Gewährung der bedingungslosen Reisefreiheit markiert die DDR-Führung am 9. November 1989 das Ende der Mauer und der Deutschen Demokratischen Republik.

Tourismus im Zeitalter der Globalisierung

Weltumspannend und doch umweltverträglich. Das sind die Anforderungen an den Tourismus im Zeitalter der Globalisierung. Das betrifft auch die Deutschen: Denn sie sind nach der Wiedervereinigung schnell zum Reiseweltmeister geworden. Bereits 1993 geben deutsche Touristen rund 63 Milliarden Mark im Ausland aus. An den entferntesten und exotischsten Orten treffen sich deutsche Urlauber.

Auch der europäische Integrationsprozess hat zu Veränderungen geführt. Seit dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens im Jahre 1995 baut Europa Schritt für Schritt seine inneren Grenzen ab. Heute können Angehörige der Unterzeichnerstaaten ohne Kontrollen vom Nordkap bis Sizilien reisen. Nur in Großbritannien und Irland gelten Sonderregelungen.

Tourismus macht nun in Deutschland politische Karriere: Seit Beginn der neunziger Jahre gibt es im Deutschen Bundestag einen eigenständigen Ausschuss für Tourismus und Fremdenverkehr.

Er setzt sich für die Stärkung des Deutschlandtourismus ein, unterstützt die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im Gastgewerbe und bringt die Auswirkungen des Massentourismus auf die Tagesordnung. Die Bundesregierung hat 1994 ebenfalls auf die veränderte Lage reagiert und ihre tourismuspolitischen Richtlinien um einen weiteren Punkt ergänzt: *"Die Erhaltung von Umwelt, Natur und Landschaft als Grundlage des Tourismus"*.

Lektion 2. Reiseland Deutschland

Reisen schafft neue Perspektiven, nicht nur für denjenigen, der unterwegs ist. Auch für wirtschaftlich schwache, entlegene Regionen bringt der Tourismus neue Möglichkeiten. Da immer mehr Deutsche ihren Urlaub aber im Ausland verbringen, ist die Vermarktung des Reiselandes Deutschland eines der wichtigsten Themen für den Tourismusausschuss - damit nicht nur die Deutschen, sondern auch Besucher aus dem Ausland merken: Deutschland ist ein attraktives und vielseitiges Reiseland.

Reiseverhalten

Auf ihren Urlaub wollen die Deutschen nicht verzichten. Auch in Zeiten knapper Kassen und hoher Arbeitslosenzahlen ist die Reiselust der Bundesbürger ungebrochen. Über 48 Millionen Deutsche machten im Jahr 2000 insgesamt 62,2 Millionen Urlaubsreisen mit vier oder mehr Übernachtungen. Knapp 30% dieser Reisen führten zu inländischen Reisezielen, 70% ins Ausland. Doch das ist noch nicht alles: In 2000 unternahm etwa ein Drittel der Deutschen über 50 Millionen Kurztrips von zwei bis vier Tagen. Insgesamt bringen es die Deutschen für 2000 auf über eine Milliarde Urlaubsreisetage. Die "klassische" Urlaubsreise dauert zwei Wochen. Längere Reisen sind für ältere Menschen nach wie vor attraktiv. Der Trend geht jedoch zur Kurzreise, die etwa ein Fünftel aller Urlaubsreisen ausmacht; gerade Jüngere reisen immer mehr nach der Devise: "Lieber kürzer und öfter." Dabei ist der

"Event-Tourismus" im Aufwind: Fahrten zu Musicals, zu sportlichen Großveranstaltungen oder auch zu einem Naturereignis wie der Sonnenfinsternis im Jahr 2000 werden immer beliebter.

Ein gutes Drittel der Deutschen will sich im Urlaub vor allem erholen - dies belegt eine Umfrage der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen. Beinahe ebenso groß ist das Bedürfnis nach Sonne und Strand, wobei Ausruh- und Erlebnisurlaub häufig kombiniert werden. Sightseeing und Kultur sind eher "Zutaten", nicht Hauptgrund der Reise.

Reiseziele im In- oder Ausland steuern die Bundesbürger am liebsten mit dem Auto an; immerhin 49,2% aller Reisen wurden 2000 mit dem PKW unternommen. Durch immer preiswertere Flugverbindungen verzeichnen Flugreisen ein kräftiges Plus: 2000 lag ihr Anteil bereits bei 34,6%. Dagegen machte nur knapp jeder zehnte Deutsche seine Urlaubsreise mit dem Bus. Noch schlechter schneidet die Bahn ab: nur 5,8 % aller Urlaubsreisenden stiegen 2000 in den Zug.

Nur die Koffer packen und auf ins Vergnügen: immer mehr Urlauber lassen sich die "schönste Zeit des Jahres" organisieren. 2000 stieg die Zahl der Pauschalreisen auf 31% aller Reisen.

Reiseziel Deutschland

Warum in die Ferne schweifen... Deutschland bleibt das beliebteste Reiseziel der Deutschen:

Der Marktanteil bei längeren Urlaubsreisen im eigenen Land lag 2000 zwar nur bei 29%, doch bei Kurzreisen liegt Deutschland vorn: 60% aller Reisen mit mindestens einer Übernachtung fanden innerhalb der Bundesrepublik statt. Dabei verbringen vor allem Senioren und Familien ihren Urlaub gerne zwischen Ostsee und Alpen.

An der Spitze der bereisten Bundesländer liegt Bayern: Allein 4,2 Millionen Urlaubsreisen hatten 2000 den Südosten Deutschlands zum Ziel; das entspricht einem Anteil von knapp 7% der Inlandsreisen. Auf Platz zwei rangiert Mecklenburg-

Vorpommern mit 2,4 Millionen Urlaubsreisen, dicht gefolgt von Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Einen enormen Aufschwung erlebt der Städtetourismus: Rund ein Drittel der Kurzreisen führt in eine Großstadt. Der Spitzenreiter ist Berlin, aber auch München und Hamburg liegen weit vorn in der Gunst der Reisenden.

Wichtig für den Fremdenverkehr in Deutschland sind die Kurorte und Heilbäder. Zwar erlitt der "Wellness-Trend" Einbußen durch die Gesundheitsreform, aber das Kurwesen besitzt hierzulande eine lange Tradition, und Kurbäder wie Bad Ems oder Bad Tölz sind weiterhin sehr gefragt.

So mancher mag es individueller und macht Camping: Auf den rund 5.800 Camping-Plätzen mit mehr als 970.000 Stellplätzen verbrachten die Urlaubs-Camper 2000 insgesamt 21 Millionen Nächte.

Attraktiv ist Deutschland auch für Touristen aus dem Ausland; auf der Hitliste der Urlaubsländer der Welt steht Deutschland im Jahr 2000 auf dem zehnten Platz, unter den europäischen Ländern auf Platz 6. Die meisten Besucher kommen aus den Niederlanden, aber auch Amerikaner, Briten und Italiener reisen gerne in die Bundesrepublik.

Im Jahr 2000 konnten die deutschen Hotels einen neuen Rekord aufstellen: bei insgesamt 326 Millionen Übernachtungen verbrachten ausländische Gäste 39,5 Millionen Nächte in hiesigen Hotelbetten - das ist ein Zuwachs von 10%.

Auslandtourismus

Sonne, Strand und Meer - davon träumen die meisten Deutschen, wenn sie sich für einen Urlaub im Ausland entscheiden. 70% der deutschen Urlaubsreisen haben andere Länder zum Ziel. Meist handelt es sich dabei um längere Reisen, also den "Jahresurlaub". Viele jüngere Menschen reisen gerne ins Ausland - nicht zuletzt deshalb, weil Auslandsreisen oft preiswerter sind als ein Urlaub im eigenen Land. Im Vordergrund steht aber die Entdeckungslust: gerade Jüngere sind neugierig auf andere Kulturen oder möchten ihre Sprachkenntnisse auffrischen.

"Ausland" - das heißt für die meisten deutschen Touristen Spanien. Die Deutschen legen Wert auf "Sonnengarantie": das macht die Balearen, vor allem Mallorca, und die Kanarischen Inseln so beliebt. Auch im Winter stehen die spanischen Inseln hoch im Kurs. Auf dem zweiten Platz der Auslandsziele behauptet sich Italien, gefolgt von Österreich, Frankreich und Griechenland.

Immer mehr Deutsche entdecken fernere Länder: Mittel- und Südamerika, insbesondere die Karibik, sind stark im Kommen. Dagegen zieht es jüngere Menschen eher nach Nordamerika oder Asien, etwa nach Bali oder Thailand.

Der neueste Trend heißt "All-Inclusive". Das bedeutet noch mehr Urlaubskomfort als bei den üblichen Pauschalreisen: bis hin zu Cocktails und Trinkgeldern ist alles im Reisepreis inbegriffen. Nicht inbegriffen in einem solchen touristischen Schlaraffenland ist der Kontakt mit der fremden Kultur: von Land und Leuten bekommen diese Reisende oft kaum etwas zu sehen.

Lektion 3. Tourismuspolitik in Deutschland

Technischer Fortschritt hat die Welt kleiner gemacht. Noch nie war Reisen so bequem, und noch nie hatte eine Generation so viel Freizeit. Doch wie bei den steigenden Urlauberströmen die Umwelt schonen, Traditionen bewahren und gleichzeitig Tourismus wirtschaftlich nutzen? Die Politik ist gefragt, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen Aspekte des Tourismus mit den sozialen und ökologischen zu verbinden.

Natur- und Artenschutz

Würden Sie bitte Ihren Koffer öffnen? Jeder fünfte Reisende an Deutschlands Grenzen muss auspacken. Und was Zollbeamte im Gepäck von Urlaubern finden, sind häufig keine harmlosen Mitbringsel, sondern "Schmuggelgut" wie Korallen, Kakteenholz und Papageien aus beliebten Ferienparadiesen in der Karibik oder Thailand. Die unfreiwillige Reise geschützter Tiere und Pflanzen endet immer öfter beim deutschen Zoll.

In 90 Prozent der Verstöße gegen das Artenschutzrecht, die der deutsche Zoll registriert, sind Touristen die Täter. Seit 1993 sind die Verstöße um 350 % mit fast 70.000 beschlagnahmten Exemplaren regelrecht explodiert. Diese alarmierenden Zahlen stellte ein Vertreter des Zollfahndungsamtes in einer Anhörung des Tourismusausschusses zum Thema "Artenschutz und Tourismus" vor.

Einhelliges Fazit der Ausschussmitglieder und Experten: Die Artenschutzpolitik der letzten Jahre, die auf Sanktionierung verzichtet hat, muss geändert werden. Sie fordern die Regierung auf, ein Mindestbußgeld einzuführen. Reiseunternehmen sollten vor Ort aufklären. Und ihr Appell an die Touristen: Begehen Sie grundsätzlich keinen Raubbau an der Natur! Massentourismus führt auch im Innland immer wieder zu Konflikten zwischen Naturschutz und touristischer Nutzung. Seltene Pflanzen und Tiere sind Attraktion und gleichzeitig vor Touristen zu schützen!

In der Anhörung "Tourismus in Großschutzgebieten" diskutierten im Ausschuss Experten und Abgeordnete die Folgen von touristischer Erschließung. Das veranlasste eine Delegation des Tourismusausschusses zu einer Reise in den Naturpark Bayerischer Wald.

Vor Ort konnten sich die Parlamentarier selber überzeugen: Neue Wege und der Ausbau von Gasthöfen und Schutzhütten bereiten den Nationalparks große Probleme. Wildtiere werden gestört, wertvolle Flächen verbaut. Um erhöhtes Fahrzeugaufkommen zu vermeiden, muss die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel verbessert werden.

Das Treffen mit den Naturpark-Mitarbeitern brachte auch neue Vermarktungsideen wie den Aufbau einer Hotelgruppe "Nationalparkhotels" und einer besseren Beschilderung der Nebenrouten.

Soziale Verantwortung: Kinder- und Jugendtourismus

Über 10 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland brauchen Erholung, Abenteuer und Freizeit - genau wie die Erwachsenen. Neue Welten entdecken, Menschen aus anderen Ländern begegnen, Sprachen lernen, Natur erleben: das sind

außerdem Aspekte der sozialen Kompetenz, die sich Kinder und Jugendliche auf Reisen spielend aneignen. Ob sozial, politisch und ökologisch: der Verantwortung im Kinder- und Jugendtourismus ist sich der Deutsche Bundestag bewusst. In einer öffentlichen Anhörung am 7. Juni 2000 kamen die Mitglieder des Ausschusses für Tourismus und die geladenen Experten zu dem Schluss: Kinder und Jugendliche müssen von der Politik stärker mit ihren Bedürfnissen als Reisende ernst genommen werden. Schätzungen zufolge ist der Jugendtourismus in den letzten zehn Jahren weltweit um acht bis zehn Prozent jährlich gestiegen: das ist eine doppelt so hohe Zuwachsrate wie beim gesamten Tourismus.

Das Deutsche Jugendherbergswerk bietet in Deutschland mit 79 000 Betten die meisten Unterkünfte für Kinder und Jugendliche an. Und das zu bezahlbaren Preisen, denn der Bund fördert den Bau und Erwerb von Gästehäusern.

Reisen darf kein Luxus sein - das war das einstimmige Fazit: damit die schönsten Wochen des Jahres nicht am Geld scheitern, müssen kommerzielle und gemeinnützige Veranstalter stärker an einem Strang ziehen. Kinder aus sozial schwachen Familien sollen weiterhin finanziell unterstützt werden. Private Anbieter fordern erleichterten Zugang zu Schulen, gleichzeitig wurde an sie appelliert, mehr das Lern- und Bildungsanliegen bei jungen Urlaubern zu berücksichtigen. Angeregt wurde weiterhin eine bundesweite Kinderreiseanalyse sowie ein *"Aktionsplan Jugendtourismus"*.

Stärkung des Deutschlandtourismus

Mittelstands- und Regionalförderung

Ob Urlaub auf dem Lande oder das gemütliche Hotel an der See - häufig stehen ganze Familien in der Küche und hinter der Rezeption. Das deutsche Gastgewerbe ist mittelständisch geprägt. Ernst Hinsken, Vorsitzender des Tourismusausschusses des Bundestages, sieht es deshalb als politische Aufgabe an, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen.

Gerade strukturschwache Gebiete können vom Tourismus profitieren. Beispiel Ostbayern: Dort wurden im Jahre 1950 500.000 Übernachtungen gezählt, inzwischen

sind es über 20 Millionen. Der Tourismus ist heute ein entscheidender Wirtschaftsfaktor - und ein großer Arbeitgeber.

Urlaub auf dem Bauernhof:

Eine öffentliche Anhörung auf der Grünen Woche in Berlin 2001 unterstrich die Bedeutung des Landtourismus in Deutschland. 27 Millionen Übernachtungen auf mehr als 20.000 Höfen jährlich - diese umweltfreundliche und sozialverträgliche Urlaubsart wollen die Parlamentarier besonders fördern.

Ein Qualitätswettbewerb soll in der Bevölkerung zu einem größeren Ernährungs- und Naturbewusstsein führen, ein gemeinsames Internet-Portal hat eine verbesserte Vermarktung zum Ziel und abgeschwächte baugesetzliche Regelungen sollen den Landwirten den Einstieg in das Gastgewerbe und damit den Zugang zu einer neuen Einnahmequelle erleichtern.

Urlaubszeit ist Reisezeit - und das am liebsten im eigenen Auto:

Doch nicht nur die touristischen Attraktionen direkt an der Autobahn sollen Beachtung finden, auch etwas abseits gibt es noch spannende Regionen zu entdecken. Die bisher geltende Begrenzung von 20 Kilometern Abstand zwischen touristischen Hinweisschildern soll aufgehoben werden - das fordert der Tourismusausschuss.

Klein, mobil, individuell - 21 Millionen Nächte verbrachten Touristen auf deutschen Campingplätzen. Der naturnahe Zelt- und Wohnwagenurlaub ist für viele Regionen eine wichtige Einnahmequelle. 35 Mark gibt ein Campingtourist im Durchschnitt täglich aus. Der Ausschuss hat sich den Wünschen der Interessenvertreter des Campingtourismus in einer öffentlichen Anhörung im Oktober 2000 angenommen. Eine neue Campingplatzverordnung, ein Verkehrsleitsystem oder die Aufnahme von Dauercampers in die örtlichen Übernachtungsstatistiken wurden diskutiert. Gezieltes Marketing, um insbesondere ausländische Gäste anzusprechen, ist auch im Camping gefordert.

Doch den Ausschussmitglieder reicht nicht die Theorie allein, sie wollten den Campingtourismus auch praktisch erleben. Probecampen stand deshalb auf dem Programm - und zwar mitten in Berlin. Ein bisschen eng kann es da schon werden, doch die Abgeordneten waren begeistert.

Vermarktung

Deutschland als Reiseland zu vermarkten - das ist eines der großen Ziele des Tourismusausschusses. Noch immer geben die Deutschen drei Mal mehr Geld im Ausland aus als ausländische Touristen in Deutschland.

Deshalb wurde auf Initiative des Ausschusses das Jahr 2001 zum *"Jahr des Tourismus"* ernannt. Dahinter steht ein Zusammenschluss aller touristischen Partner in Deutschland, der Bundesländer, Regionen, Kommunen, Unternehmen und Verbände. Gemeinsam wollen sie die Bekanntheit des Reiselandes Deutschland erhöhen. Aktionen finden in allen Regionen der Bundesrepublik statt: vom "Tag der offenen Tür", über Wettbewerbe bis hin zu kulturellen Highlights.

Unterstützt werden diese und andere Initiativen bereits seit Jahrzehnten von der DZT - der Deutschen Zentrale für Tourismus. Sie ist im Auftrag der Bundesregierung für die Tourismuswerbung im In- und Ausland verantwortlich. Die Abgeordneten setzen sich für eine angemessene finanzielle Ausstattung der DZT ein und begrüßen, dass die Bundesregierung eine Erhöhung der Zuschüsse beschlossen hat. Weiterhin unterstützen sie die Vermarktung der neuen Trends wie kulinarische Entdeckungsfahrten oder Themenreisen.

Seit kurzem hat die DZT vieler ihrer Informationen auch im Internet publik gemacht. Unter der Adresse www.deutschland-tourismus.de können Touristen aus aller Welt Informationen in deutscher und englischer Sprache abrufen - vom Eventkalender bis zum aktuellen Reisewetter zwischen Rügen und der Zugspitze.

Auch sonst hat das Thema Internet und insbesondere der elektronische Handel für die Tourismusbranche an Bedeutung gewonnen. Der Ausschuss ruft dabei besonders zur Nutzung von neuen Technologien und Medien auf. Speziell die kleinen und mittelständischen Unternehmen dürften den Anschluss ans Internet nicht verpassen, um im Wettbewerb mit den großen Reiseanbietern nicht ins Hintertreffen zu geraten. Das Internet bietet auch kleinsten Regionen die Chance, sich weltweit den Touristen zu präsentieren.

Wettbewerbsfähigkeit in Europa

Jeder dritte Deutsche ist der Überzeugung, dass Deutschland ein teures Reiseland ist. Dieses Image haftet dem Reiseland Deutschland auch in den europäischen Nachbarländern an. Die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union zu stärken, dafür setzt sich der Ausschuss verstärkt ein und fordert einen einheitlichen, verminderten Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie und Gastronomie. Dies soll beispielsweise verhindern, dass ein Tourist auf der französischen Rheinseite fünf Prozent Mehrwertsteuer für sein Mittagessen zahlt, auf der deutschen Seite aber sechzehn Prozent.

Die Ökosteuer ist für den Ausschuss ein wichtiges Thema, denn sowohl die Reiseunternehmen als auch das Gastgewerbe werden durch die höheren Mineralölsteuern im europäischen Vergleich stärker belastet. Die Bundesregierung musste zu dieser Problematik in ihrer Antwort auf eine große Anfrage Stellung nehmen und bestätigte, dass die Treibstoffpreise im europäischen Vergleich relativ hoch seien. Die Entscheidung für ein bestimmtes Urlaubsland hänge jedoch auch von anderen Faktoren, wie z.B. dem Erholungs- oder Erlebniswert des Landes ab.

All diese Forderungen stehen auch in direktem Zusammenhang mit der Einführung des EUROS, denn dieser wird den Touristen die Preisunterschiede in den einzelnen Ländern noch einmal direkt vor Augen führen. In einer Debatte im Bundestag beschäftigten sich die Abgeordneten mit "Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euroland".

Kontrovers diskutiert wird die Regelung der Trinkgeldbesteuerung. Die CDU/CSU-Fraktion will den steuerlichen Freibetrag für die Angestellten im Servicebereich von derzeit 2400 DM auf 4200 DM erhöhen - auch deshalb, weil es in vielen anderen europäischen Ländern diese Steuer überhaupt nicht gibt. Die F.D.P. will die Trinkgeldsteuer ganz abschaffen. Beide Vorschläge wurden jedoch bisher im Bundestag abgelehnt.

Die Anliegen des Ausschusses gehen auch noch in andere Richtungen. In einem Gespräch mit der deutschen Finanzkommissarin Michele Schreyer in der Europäischen Kommission setzten sich die Ausschussmitglieder in Brüssel dafür ein,

dass die Befreiungen vom Nachtflugverbot bestehen bleiben. Dies soll die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft auch global sichern.

Lektion 4. Tourismus und Bundestag

Ausschuss für Tourismus

Er ist einer der jüngsten im Bundestag: der Ausschuss für Tourismus. Erst seit 1991 ein Hauptausschuss, kümmert er sich heute um eine Vielzahl von Themen: von der Konzentration bei den Touristik-Unternehmen über die Trinkgeldbesteuerung bis hin zu den Sorgen und Nöten von Schaustellern auf Volksfesten. Expo 2000 in Hannover oder Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland: auch die großen "Events" bezieht der Ausschuss in seine Arbeit ein, um das Gastgeberland Deutschland zu fördern. Über Tourismus als politische Aufgabe berichten hier die Vorsitzenden des Ausschusses persönlich.

Seit den 60er Jahren boomt die Tourismus-Branche: Die Deutschen können sich endlich wieder Urlaub leisten; und 1968 machen erstmals mehr Bundesbürger Urlaub im Ausland als im eigenen Land. Dennoch bleibt der Tourismus lange ein Stiefkind der Politik: Erst 1987 richtet das Parlament einen "Unterausschuss Fremdenverkehr" beim Wirtschaftsausschuss ein.

Bisher hatten sich verschiedene Ausschüsse um die Belange des Tourismus gekümmert: insbesondere der Wirtschafts- und der Verkehrsausschuss.

Mit dem neuen Unterausschuss reagiert der Bundestag auf seine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung und wertet damit das Politikfeld "Tourismus" auf.

Das Wort des Jahres 1989: "Reisefreiheit". Mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes können die DDR-Bürger endlich ihrer Reiselust nachgehen. Um die Zusammenarbeit zwischen den neuen und alten Bundesländern zu erleichtern, wird der Unterausschuss Fremdenverkehr 1991 in einen Vollausschuss umgewandelt. In der Anfangszeit hat er allein mit dem innerdeutschen Reiseverkehr alle Hände voll zu tun. So lautet das Thema der ersten tourismuspolitischen Bundestagsdebatte der 12.

Wahlperiode im Januar 1992: "Förderung des Fremdenverkehrs in den neuen Ländern".

Der Ausschuss für Tourismus - wie er heute heißt - ist in erster Linie für die Tourismuspolitik in Deutschland zuständig:

- er hat ein offenes Ohr für die Probleme des Gastgewerbes und
- trifft sich regelmäßig mit Experten der Tourismusverbände und Reiseveranstalter;
- er kümmert sich um den Erhalt von Nationalparks ebenso wie um Camping-Urlaub und Kurbäder.
- Er beschäftigt sich aber auch mit dem Trend zum "sanften Tourismus" und den Auswirkungen des Massentourismus.

Als Querschnittsausschuss beraten die Mitglieder des Ausschusses auch in Fragen mit, die den Tourismus nur indirekt betreffen. So nehmen sie Stellung zum steuerfreien Flugbenzin genauso wie zur staatlichen Strukturförderung. Einmal im Jahr steht der Bericht der Bundesregierung über die "Entwicklung des Tourismus" zur Debatte.

Debatte im Bundestag zum tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung 23.3.2000

In regelmäßigen Abständen veröffentlicht die Bundesregierung den tourismuspolitischen Bericht. Darin dokumentiert sie die aktuelle Situation der Tourismusbranche, stellt die wichtigsten Daten vor und erläutert Ziele und Maßnahmen der Tourismuspolitik der Bundesregierung.

Die Fraktionen im Bundestag diskutierten den Bericht 2000 kontrovers - kein Wunder, denn Reizthemen wie die Ökosteuer, der E-Commerce oder die Bedeutung des Naturschutzes standen zur Debatte.

Ablauf der Debatte

BSE-Bekämpfung, Bundeshaushalt oder der Tourismus-politische Bericht - die Themen auf der Tagesordnung des Bundestages spiegeln die ganze Bandbreite politischer Arbeit wider.

Was in Ausschuss- und Fraktionssitzungen vorbereitet wurde, diskutieren Regierungs- und Oppositionsfraktionen schließlich im Plenarsaal. Abgeordnete machen ihre Position deutlich, nehmen Einfluss auf Entscheidungen oder orientieren sich und sammeln Ideen.

Große Debatte, Donnerstagsdebatte, Kurzdebatte: die Art der Debatte bestimmt die Länge, die Redezeit der Abgeordneten und manchmal auch den Wochentag.

Keine Debatte ohne Regeln. Die Diskussionen im Plenum folgen einem präzisen Ablauf: Der Sitzungspräsident, also entweder der Präsident des Bundestages oder einer seiner fünf Stellvertreter, eröffnet die Debatte, ruft den jeweiligen Tagesordnungspunkt auf und erteilt den Abgeordneten das Wort. Als erstes darf der Antragsteller zum Thema reden. Alternativ kann dies auch der Berichterstatter eines Ausschusses oder der Bundesregierung sein. Dann folgt die Aussprache im Plenum. Während der gesamten Debatte wird der Sitzungspräsident von den Schriftführern unterstützt, die direkt neben ihm sitzen. Sie führen die Rednerliste und protokollieren die Abstimmungen. Alle zusammen bilden sie den Sitzungsvorstand.

Die Länge der Debatte wird vorab vom Ältestenrat festgelegt. Sollten die Abgeordneten aber der Meinung sein, dass die geplante Redezeit der Bedeutung des Themas nicht gerecht wird oder dass sie mehr Zeit benötigen, kann die Redezeit auf Antrag des Plenums verlängert werden.

Die Debatte endet entweder, wenn die geplante Redezeit abgelaufen ist oder wenn ein Antrag auf Debattenende gestellt wird. Der Bundestag kann auch beantragen, dass die Debatte noch verlängert wird. Eine Debattenverlängerung kommt in der Praxis jedoch selten vor.

Am Ende der Debatte steht dann oftmals die Beschlussfassung zum Thema: *entweder als EntschlieÙung oder als Gesetz.*

Und mag die Debatte auch noch so lang dauern - am nächsten Tag liegt ein erstes Protokoll davon vor. Die Abgeordneten können dann kontrollieren, ob sie auch richtig widergegeben wurden. Erst wenn sie zugestimmt haben, wird der amtliche stenografische Bericht der Sitzung veröffentlicht.

Falls doch mal ein Abgeordneter statt im Plenum in seinem Büro arbeitet, kann er die Debatte trotzdem über das Hausfernsehen verfolgen. Rechtzeitig zur Abstimmung wird zudem in allen Gebäuden des Bundestages geläutet. So wird sichergestellt, dass auch kein Abgeordneter wichtige Entscheidungen verpasst.

Was ist ... eine Debatte?

Große Debatte

Der bekannteste Schauplatz des Schlagabtausches von Opposition und Regierung ist die "Große Debatte". Als Grundsatzdiskussion über die Leitlinien der Politik schließt sie sich häufig an eine Regierungserklärung an. Umstrittene Gesetzesentwürfe, eine große Anfrage oder der Dauerbrenner Bundeshaushalt können das Thema einer großen Debatte sein.

Die genaue Dauer wird dabei nicht festgelegt, stattdessen wird nur ein ungefähres Ende oder die Anzahl der Tage, die die Debatte dauern soll, genannt. Dadurch können viele Abgeordneten das Wort ergreifen und auch die Regierung hat ausreichend Zeit zur Stellungnahme.

Kurzdebatte

Fachthemen kurz und knapp diskutieren - dafür gibt es die "Kurzdebatte", auch Fachdebatte genannt. Sie dient der öffentlichen Erklärung der Position, die die jeweilige Fraktion zu einem bestimmten Thema hat. Deshalb dürfen pro Fraktion auch nur ein bis zwei Redner sprechen, wobei jeder maximal 5 bis 10 Minuten Zeit hat.

Dank der Fachdebatte können die vielen Themen mit denen sich die Parlamentarier detailliert befassen, zumindest kurz im Plenum diskutiert werden.

Eine besondere Form der Kurzdebatte findet jeden Mittwoch, 13 Uhr statt: in jeder Sitzungswoche müssen sich der Kanzler und seine Minister zu diesem Zeitpunkt der "Befragung der Bundesregierung" durch die Abgeordneten stellen. So informieren sich die Parlamentarier über die neuesten Beschlüsse und Ergebnisse im Kabinett. In der 30minütigen Befragung werden häufig aktuelle Themen angesprochen – zum

Beispiel wenn der Bundeskanzler oder einer seiner Minister gerade von einem wichtigen Auslandsbesuch zurückgekehrt ist.

Aktuelle Stunde

Brisante Themen von allgemeinem Interesse kommen in der "Aktuellen Stunde" ins Plenum. Sie kann auf Beschluss des Ältestenrates, auf Antrag von mindestens 34 Abgeordneten oder einer Fraktion einberufen werden.

Aktuelle Stunden können sich aber auch direkt an Fragestunden anschließen – und zwar dann, wenn die Parlamentarier der Meinung sind, dass die Regierung noch nicht alle Fragen ausreichend beantwortet hat. Eine Aktuelle Stunde darf nicht länger dauern als eine reale Stunde. Begrenzt ist auch die Redezeit der Abgeordneten auf fünf Minuten. Die Zeit, in der Regierungsmitglieder Stellung beziehen, wird jedoch nicht in die 60 Minuten einberechnet. Aktuelle Stunden gab es zu Themen wie BSE-Krise, Nettolohnanpassung oder zum Briefporto.

In einer Wahlperiode werden durchschnittlich 100 Aktuelle Stunden abgehalten.

Donnerstagsdebatte

Der Arbeitsalltag der Abgeordneten ist vielfältig: Sitzungen in Ausschüssen und der eigenen Fraktion, Expertentreffen, Lobbyisten-Gespräche und Presseinterviews. Daneben Büroarbeit und Aktenstudium.

Den Abgeordneten fehlt dann oftmals die Zeit, an Plenarsitzungen teilzunehmen. Seit der Einführung der "Donnerstags-Debatte" im Zuge der Parlamentsreform 1995 sind Gremiumssitzungen am selben Tag verboten. So können alle Abgeordneten an der Debatte teilnehmen, denn auf der Tagesordnung stehen meist grundlegende, zentrale Themen wie die Reform der Bundeswehr oder die Neuordnung der Wahlkreise, die nicht nur von den Fachleuten debattiert werden. Für die Grundsatzdebatte, die auch "Kernzeit" genannt wird, gilt generell: nur 10 Minuten Redezeit für jeden Abgeordneten. Trotz dieser Zeitbeschränkung dauern die Donnerstagsdebatten 4 bis 6 Stunden.

Rederecht und Rededauer

Nicht jeder darf im Deutschen Bundestag reden. Über das Rederecht verfügen die zum Bundestag gewählten Abgeordneten. Das Redeprivileg besitzen die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten, sie müssen "jederzeit gehört werden". Ausnahmen sind hohe Staatsbesuche; einige ausländische Präsidenten konnten vor dem Bundestag eine Rede halten - zum ersten Mal Richard Nixon, später François Mitterrand, Nelson Mandela und Václav Havel.

Wieviele Abgeordnete in einer Debatte reden dürfen, hängt von der Größe ihrer Fraktion ab. Je größer die Fraktion, desto mehr Redezeit erhält sie und umso mehr Abgeordnete können ans Mikrofon treten. Doch nicht jeder Abgeordnete kann zu Wort kommen: er muss vor der Debatte bei seiner Fraktion um Redezeit bitten.

Der Geschäftsführer der Fraktion entscheidet dann, wer und wann reden darf. Seit 1969 gilt der Grundsatz: ein Redner darf im Plenum nicht länger als 15 Minuten sprechen. So reduzierte sich die Dauer der einzelnen Redebeiträge nach Regierungserklärungen von 30 Minuten in der 1. Wahlperiode auf durchschnittlich 16 Minuten in der 13. Wahlperiode. Generell können auf Verlangen der Fraktionen längere Redezeiten angemeldet werden. Der Sitzungspräsident wacht streng über die Einhaltung der Redezeit. Notfalls entzieht er dem Abgeordneten das Wort.

Zwischenfrage und Kurzinterventionen

Seit 1953 können Abgeordnete Zwischenfragen stellen, denn im Plenarsaal des Bundestages wurden Saalmikrofone eingeführt. Der damalige Bundestagspräsident Hermann Ehlers wies darauf hin, dass die Abgeordneten so auch während der Debatte Zwischenfragen und Kommentare machen könnten. Er erhoffte sich dadurch "eine gewisse Auflockerung der Debatte". Max Beker, Abgeordneter der F.D.P.-Fraktion, ist der Erste, der am 5. Februar 1954 die Möglichkeit der Zwischenfrage nutzte. Der Redner muss diesen Unterbrechungen allerdings zustimmen. Bei der Zwischenfrage darf dann ein Abgeordneter eine gezielte Frage zur Rede selbst stellen.

Seit 1990 gibt es auch die Möglichkeit der Kurzintervention während oder am Ende eines Debattenbeitrages. So kann er die Frage sogar noch weiter erläutern - oder

gar ein völlig unabhängiges Statement abgeben. Länger als 3 Minuten darf eine Kurzintervention jedoch nicht dauern.

Im Laufe der Zeit hat sich der Fragetyp geändert - zu diesem Schluss ist ein Sprachwissenschaftler in einer Untersuchung der Bundestags-Debatten gekommen. Am Anfang wurden meistens echte inhaltliche Fragen gestellt. Heute verfolgen die Abgeordneten zum Teil andere Ziele mit Kurzinterventionen: sie wollen provozieren, bloßstellen oder ins Lächerliche ziehen.

SCHLÜSSEL

🔑 Schlüssel zur Übung 2, Lektion 1: 🔑 Schlüssel zur Übung 3, Lektion 2:

	<i>Richtig</i>	<i>Falsch</i>
0.	X	
1.		X
2.	X	
3.	X	
4.		X
5.	X	

	<i>Richtig</i>	<i>Falsch</i>
0.		X
1.		X
2.	X	
3.	X	
4.		X
5.	X	
6.		X
7.		X

🔑 Schlüssel zur Übung 4, Lektion 2:

- Tourismus genießen nur 3% der Weltbevölkerung.
- Im Jahre 2000 wurden weltweit rund 698 Millionen grenzüberschreitende Reisen unternommen.
- In der letzten Zeit haben die Umweltschäden, die von Reisenden zugefügt werden, zugenommen.
- Nach Ergebnissen einer Untersuchung des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung haben allein 1999 5,5 Millionen Deutsche ihre Haupturlaubsreise in ein Entwicklungsland unternommen. Das ist sieben Mal mehr als Anfang der achtziger Jahre.
- Täglich geben Touristen weltweit mehr als eine Milliarde Dollar aus.
- Die Investoren in Entwicklungsländern sind meist ausländische Unternehmen.
- Nach einer Umfrage des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung ist jeder zweite deutsche Entwicklungsländer-Reisende stark an Begegnungen interessiert.

🔑 Schlüssel zum Lückentext, Übung 2, Lektion 3:

- | | |
|---------------|--------------------|
| 1. fünfte | 13.verzichtet hat |
| 2. Zollbeamte | 14. Mindestbußgeld |
| 3. harmlosen | 15.vor Ort |

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| 4. Korallen | 16. Raubbau |
| 5. Papageien | 17. Massentourismus |
| 6. Karibik | 18. Attraktion |
| 7. geschützter | 19. Anhörung |
| 8. 90 | 20. Bayerischer Wald |
| 9. die Täter | 21. Schutzhütten |
| 10. 350 Prozent | 22. Fahrzeugaufkommen |
| 11. Tourismusausschusses | 23. "Nationalparkhotels" |
| 12. Fazit | |

 Schlüssel zur Übung 3, Lektion 3:

<i>Nr.</i>	<i>Absatz</i>
1.	A
2.	G
3.	F
4.	D
5.	B
6.	E
7.	C

 Schlüssel zum Lückentext, Übung 5, Lektion 3:

- | | |
|------------------------------------|----------------------------|
| 1. 1968 | 8. Reisefreiheit |
| 2. im Ausland | 9. SED-Regimes |
| 3. ein Stiefkind | 10. Reiselust |
| 4. 1987 | 11. Vollausschuss |
| 5. "Unterausschuss Fremdenverkehr" | 12. alle Hände voll zu tun |
| 6. die Belange | 13. tourismuspolitischen |
| 7. wertet ... auf | |

Schlüssel zum Lückentext, Übung 1, Lektion 4:

Rosel Neuhäuser:

1. negativen
2. Entwicklung
3. -gebiete
4. Bodens,
5. Chancen
6. sanfter
7. besteht
8. nur
9. Bericht
10. alternative
11. fordern
12. hinsichtlich
13. schon.
14. Bedingungsgefüge
15. Kommunen

Ernst Burgbacher:

16. bürokratischer
17. -lasten
18. Wettbewerbs-
19. Eigentlich
20. aufgebaut
21. eingeführt
22. 630-DM-
23. Steuerreform
24. betroffenen
25. wurden

26. Gesetzen

27. Regelungen

28. Euro

Klaus Brähmig:

29. erneut

30. Stellenwert

31. gesamtwirtschaftlichen

32. Fraktion

33. SPD

34. Tourismusbranche

35. SPD

36. Trinkgeld-

37. SPD-

38. Trinkgeld-

39. Schwur

40. F.D.P.

41. Wählertäuschung.

42. -grundsatz

43. Rechte

44. rot-grüne

45. verantwortlichem

46. abgeglichene

47. bleibt

48. Reform

49. Dafür

50. rot-grüne

51. faktisch

52. beisteuert

Sylvia Voß:

53. Dass

54. angelastet

55. geringe

56. sinkende

57. nämlich

58. daher

59. Betten-

60. sicherlich

61. Qualität

62. Nach-

63. unter anderem

64. Klassifizierung

65. nachhaltigen

66. Heterogenität

67. Anbieter

68. Verbraucher

69. theoretischen

70. gemeinsamen

71. Wettbewerbs-

72. Branche

Birgit Roth:

73. -tendenzen

74. worden sind

75. wohlgemerkt

76. verantwortungsvoll

77. entlastet

78. Hierbei

79. -steuer

80. -steuer

81. Lohnnebenkosten

82. 21.

83. überhaupt

84. Abschließend

85. Rahmenbedingungen

86. -wirtschaft

Siegmar Mosdorf:

87. misst...bei

88. Wachstums

89. wichtige

90. 2,8

91. 280

92. DM

93. 91 000

94. -ziffern

95. Stellenwert

96. ohne Zweifel

97. im Auge

98. Kombinations-

99. Plattformen

100. Urlaub

101. Industrie-

102. Dienstleistungs-

103. sagen

104. Rehabilitation

105. nutzen

106. nutzen

107.-faktor

